

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Chefredakteur:**  
**Eric Nifringhaus, Berlin.**  
**Telefon: Karl-Liebknecht 4184-4185**



**Abdruck für Verlag und Gedruckt:**  
**Berlin O 2 61, Zehn-Blumen-Platz 8**  
**Druckerei: Copeland**

**Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.**  
Der Inhalt ist nur auf Grund bekannter Nachrichten gegeben. Redaktion übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt der Artikel, wenn nicht anders vermerkt ist. Gedruckt für jede Seite 10 Zeilen.

**Berlin, den 16. Mai 1930**

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

H 21.

## Die falsche und die wahre Mata Hari.

SPD. Mata Hari, Nackttänzerin, Kurtisane, während des Weltkrieges als deutsche Spionin von den Franzosen hingerichtet - ein üppiger Kranz von Legenden rankt sich um diese Frau, deren Leben und Tod so recht geeignet war, die Phantasie zu erhitzen. Von Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften ganz zu schweigen, steht sie darum im Mittelpunkt von Filmen, von Bühnenstücken, von Romanen französischen, englischen, spanischen; sogar der berühmte Blasco Ibanez nahm ganz offensichtlich sie zum Vorbild einer weiblichen Gestalt in seinem "Mare nostrum". Jetzt aber hat sich ein nüchterner Holländer, Charles S. Heymans daran gemacht, die Farben falscher Romantik vom Porträt der Mata Hari abzuwaschen, damit sich die ursprünglichen Umrisse wieder zeigen. Mit Eifer, Spürsinn und Methode zu Werk gehend, unterzieht er an Hand der von ihm gesammelten Urkunden und Tatsachen Überlieferung und Legende kritischer Untersuchung. Nur unparteiisch ist auch sein französisch geschriebenes und in Paris erschienenenes Buch nicht, denn da dieser Holländer wohl die meisten Franzosen an blauweissrotem Chauvinismus überflügelt, dient ihm schon die Verurteilung der Mata Hari durch ein französisches Kriegsgericht als überzeugender Beweis für ihre Schuld; französische Kriegsgerichte sind - siehe den Fall Dreyfus! - gegen die Verurteilung Unschuldiger gefeit. Immerhin weiss, trotz seines chauvinistischen Augenrollens und Zähnefletschens, Heymans genug des Neuen und Interessanten zu berichten.

Nicht unter Palmen und in der Nähe von Dschungeln kam Mata Hari zur Welt, sondern, am 7. August 1876, in dem holländischen Provinzstädtchen Leeuwarden; auch war ihr Vater kein indischer Raja, sondern ein simpler kleinbürgerlicher Mützenhändler, und sie selber hiess ganz unexotisch Margaretha-Gertruida Zelle. Nach dem Bankrott ihres Vaters, der ihr nicht gerade "des Lebens ernstes Führen", sondern etwa das Gegenteil davon vererbt zu haben scheint, besuchte sie das Lehrerinnenseminar in Leyden, aber da sich der Direktor in das hübsche, gutentwickelte Mädchen sterblich verliebte, musste sie die Anstalt verlassen und lebte bei einem Onkel im Haag. Ein Heiratsgesuch, das sie in einer Zeitung las, brachte sie mit Rudolf MacLeod, einem auf Urlaub in der Heimat weilenden Hauptmann der holländischen Kolonialinfanterie, zusammen. Es gab das, was man Liebe auf den ersten Blick nennt; am 11. Juli 1895 ging sie mit dem um zwanzig Jahre älteren die Ehe ein und folgte ihm rund zwei Jahre später in seine Garnison nach Niederländisch-Indien. Ihr Zusammenleben, dem ein Knabe und ein Mädchen entsprossen, wurde das Musterbeispiel einer unglücklichen Ehe. Der Gatte, zum Major befördert, aber 1900 verabschiedet, verwünschte das "Aas", weil sie interesselos, selbstsüchtig, verschwenderisch, leichtfertig und nachlässige Mutter sei. Die Rückkehr nach Europa 1902 war der Auftakt zur Trennung, die im April 1906 durch gerichtliches Scheidungsurteil bestätigt wurde.

Frei, sogar vogelfrei, trat die geborene Zelle bald in Paris als Tänzerin eigener Art auf. Sie tanzte, hiess es, kultische Tänze der Bajaderen vor den indischen Göttern. Die Zuschauer waren hingerissen, die Presse begeistert, Paris im Nu erobert, und nirgends erhob sich eine Stimme, darzutun, dass diese rhyth-

mischen Bewegungen mit Indien, Bramahnen und Göttern nicht das Geringste zu tun hatten; Hauptsache war, dass in der Schlusszene vor dem Gott Siwa alle Schleier fielen und ein herrlich gebildetes, junges Weib ihre strahlende Nacktheit allen Blicken darbot. So feierte die Mata Hari, wie ihr Kriegsname lautete, ihre Triumphe erst in Privatsalons, wo es grosse Mode war, sie bei Abendunterhaltungen auftreten zu lassen, dann an öffentlichen Vergnügungsstätten wie den Folies-Bergère und im Trocadéro. Aber sie hatte nicht nur Liebhaber ihrer Kunst. Mit ebenmässig schlankem, geschmeidigem Körper, üppigem Schwarzhaar, olivenfarbener Haut und flammend dunklen Sammtaugen war sie so recht eine Schönheit, der man das orientalische Halbblut glaubte, und die die Männer mühelos bestrickte. Prinzen, Grossfürsten, Generale, Staatswürdenträger, Finanziers, alle drängten sich - und so sie Geld und Einfluss hatten, nicht vergebens! um von ihr das Eine zu erbetteln, mit dem sie wahrhaftig nicht kargte. Sogar zu Absteigequartieren liess sie sich herab, wo sie ihre Kunst für 1000 Franken verkaufte.

Mata Hari, die mehrmals im Berliner "Wintergarten" getanzt hatte, weilte auch bei Kriegsausbruch in Berlin; an diesem Tag frühstückte sie mit dem Polizeipräsidenten v. Jagow in einem feudalen Restaurant und fuhr nachher mit ihm in seinem Wagen durch die belebten Strassen. Ob sie dem deutschen Nachrichtendienst schon damals diente oder jetzt erst geworben wurde, auf jeden Fall blieb sie bis Ende 1914 in Amsterdam, um dann in Frankreich aufzutauchen. Von diesem Augenblick an war sie verdächtig und unter ständiger Überwachung der französischen Gegenspionage, aber alle Bemühungen, sie zu überführen, versagten. Bei einer Vorladung bot sie sich sogar dem Chef des französischen Nachrichtendienstes als Agentin an und wurde, um auf die Probe gestellt zu werden, angenommen, aber da sie 1916 nach Madrid kam, wurde sie sehr bald die Maitresse des Militärattachés der deutschen Botschaft, des Generalstabsmajors Kalle. Als sie Anfang Januar 1917 nach Paris abreiste, ring der Eiffelturm einen Funkspruch Kalles an den Chef der deutschen Spionage in Amsterdam auf; die Franzosen, im Besitz des Chiffreschlüssels, entzifferten ihn leicht; es war die Weisung, für H 21 - unter dieser Decknummer stand Mata Hari in der Liste der deutschen Geheimagenten - auf eine Pariser Bank 15 000 Pesetas einzuzahlen. Das war der Beweis; die Falle klappte zu.

Am 13. Februar verhaftet und in das Weiberggefängnis Saint-Lazare überführt, erschien Mata Hari am 24. Juli vor dem Dritten Pariser Kriegsgericht, das hinter verschlossenen Türen tagte. Voller Zuversicht leugnete sie die Bekanntschaft mit Offizieren des deutschen Nachrichtendienstes nicht, aber es sei immer nur von Galanterie, nie von Spionage die Rede gewesen. Auch gab sie den Empfang hoher Summen von eben diesen Offizieren zu, aber nur als Honorar für ihre weissgott nicht billigen Liebesnächte, nichts weiter. Die Kriegsrichter verurteilten sie einstimmig zum Tode. Revisions- und Kassationshof bestätigten den Spruch, Poincaré blieb trotz der flehentlichen Bitten des greisen Advokaten Clunet um Gnade unerbittlich, am 15. Oktober 1917 fünf Uhr früh weckte man sie: Es ist Zeit! Sie fasste sich rasch, dankte ihrem weinenden Verteidiger, kleidete sich sorgfältig und elegant an und tröstete, ehe sie in das letzte Auto ihres Lebens stieg, die schluchzende alte Nonne, die ihr im Gefängnis Wärterin und Betreuerin gewesen war: "Nicht weinen, Mütterchen! Jetzt geht's nach dem Hauptbahnhof, von dem man nicht mehr zurückkommt!" An der Hinrichtungsstätte in Vincennes angelangt, wo eine grosse Truppenmacht im Viereck aufmarschiert war, und zu präsentierterm Gewehr die Trommeln wirbelten und die Clairons schmetterten, waren die meisten ihrer Begleiter bewegter als sie. Sich die Augen verbinden zu lassen, lehnte sie ab, stellte sich entschlossen an den Pfahl, winkte dem Geistlichen einen Abschiedsgruss zu - Salve aus zwölf Gewehren, und der schwarze Vorhang war über dem letzten Akt dieses tragischen Tanzspiels gefallen.

Auf die Frage des Gerichtsschreibers: "Erhebt jemand auf den Körper Anspruch?" meldete sich niemand. Diesen Körper, nach dem vor kurzem noch so viele Begierden zielten, jetzt, da er kalt und starr war, wollte ihn niemand. So

kam die Anatomie zu ihrem Recht.

Heymans' Schlussurteil ist herb und hart: Abenteuerin, Buhlerin und Spionin; das Wort, das doch auch für Holländer gilt: "Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!" steht nicht als Motto vor seinem Buch. Aber war die Mata Hari wirklich deutsche Spionin? Die Akten des Pariser Kriegesgerichts sind unzugänglich, aber in der "Kölnischen Zeitung" vom 31. Januar 1929 hat einer, der es wissen muss, Generalmajor a.D. Gempp, früher Leiter der deutschen Spionageabwehr, in einem Artikel "Hinter den Kulissen der Spionage" nebenbei vermerkt: "Fälle wie der der unglücklichen Tänzerin Mata Hari, die übrigens in Wirklichkeit nichts für den deutschen Nachrichtendienst geleistet hat, wurden ungeheuer ausgeschlachtet." Nichts geleistet - das ist, vielleicht mit Absicht, unklar. Heisst es: die Mata Hari hat sich überhaupt nicht als deutsche Spionin betätigt? Oder: ihre Leistungen als Spionin waren unzugänglich? Jedenfalls, ob Heymans' Buch noch so viel aufklärt, die entscheidende Frage bleibt weiter eine Frage. Hermann Wendel.

SPD. Der deutsche Botschafter in Angora, Herr Nadolny, weilte dieser Tage in Genf, um Herrn Curtius zu bewegen, ihm einen wichtigeren Botschafterposten anzuvertrauen als die Vertretung des Deutschen Reiches bei Mustapha Kemal. Lange Zeit hatte Nadolny sein Augenmerk auf Rom gerichtet, doch ist durch die in Aussicht genommene Kombination, Neurath in London und Schubert in Rom, das Ziel seiner Sehnsucht einstweilen unerreichbar. Aber Herr Nadolny hat es eilig. Er hat bereits viele Wochen hindurch im vergangenen Herbst in Berlin verbracht, um seine römischen Pläne persönlich zu betreiben und musste unverrichteter Dinge schliesslich nach Angora zurückkehren, weil das Auswärtige Amt es nicht länger mit ansehen konnte, wie die Botschaft in Angora monatelang verwaist blieb, nur weil Herr Nadolny seine Beförderungsschmerzen heilen wollte.

Wutschnaubend kehrte er nach Angora zurück, aber die Aussicht auf das Revirement hat ihn natürlich sofort wieder in Europa auftauchen lassen. Jetzt wo der Weg nach Rom wieder versperrt ist, hat er es auf Moskau abgesehen und will Herrn von Dirksen verdrängen, obwohl gegen den Letzteren nicht das Geringste vorliegt. Aber Herr Nadolny hat mächtige Protektoren in der Umgebung des Reichspräsidenten. Er denkt sich, dass in einer Zeit, wo eine schwache Reichsregierung fast ausschliesslich davon lebt, dass sie mit dem Namen des Reichspräsidenten jongliert, man es nicht wagen wird, Wünsche, die aus dieser Umgebung stammen, unberücksichtigt zu lassen. Daher die recht auffallende Reise nach Genf. Und gerüchtweise verlautet, dass diesmal Herr Botschafter Nadolny sich nicht umsonst bemüht habe.

Wir wollen diesen Gerüchten trotzdem noch keinen Glauben schenken, denn in Auswärtigen Amt weiss man genau, was von den sachlichen Fähigkeiten dieses rührigen Bewerbers zu halten ist. Als Herr Nadolny sich vor einem Jahre um den Posten in Rom bewarb, wollte er seiner Kandidatur besonderen Nachdruck durch einen Bericht verleihen, in dem er einen grosszügigen Plan für deutsch-italienische Annäherung entwarf. Er setzte darin auseinander, dass die Voraussetzung für eine solche Freundschaft die Bereinigung der Südtiroler Frage sei. Sei erst dieses Hindernis beseitigt, dann stehe einer engen Freundschaft zwischen Berlin und Rom nichts mehr im Wege. Was schlug nun Herr Nadolny für die Beseitigung dieses Hindernisses vor? Man lese und staune: Er regte an, dass man die gesamte deutsch-südtiroler Bauernbevölkerung, also eine Viertelmillion Menschen, von Südtirol nach - Ostpreussen verpflanze und sie dort ansiedle. Damit wären zwei Fliegen mit einem Schlage getötet: einerseits wäre die Bahn frei für eine hundertprozentige deutsch-italienische Freundschaft, andererseits würde Ostpreussen durch einen neuen Schutzwall deutscher Menschen gegen die Polonisierungstendenzen stärker geschützt.

Diese geniale Patentlösung war beinahe schuld daran, dass Stresemann um einige Monate früher starb, als es geschehen ist. Beim Lesen dieser Denkschrift packte ihn ein Lachkrampf, der gefährliche Formen annahm. In jenen Tagen konnte der Name Nadolny in den eingeweihten Kreisen des Auswärtigen Amtes gar nicht ausgesprochen werden, ohne dass die anwesenden Herren sofort in vergnügtes Lachen ausbrachen.

Solange Stresemann lebte, war von irgend einer Beförderung Nadolnys auf einen wichtigeren Posten, trotz aller Protektionen aus dem Nachbarhause in der Wilhelmstrasse, natürlich nicht mehr die Rede. Kaum war Stresemann gestorben, da tauchte der Name Nadolny prompt wieder auf, ja er selber trat wieder auf den Plan, um sich in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Herr Dr. Curtius hat bisher das personelle Erbe Stresemanns nicht gerade im Sinne seines verstorbenen Vorgängers und Parteifreundes verwaltet. Wir wollen aber nicht glauben, dass, wenn er erst über diese Tatsachen unterrichtet ist, er es dennoch verantworten wird, einen so unmöglichen Diplomaten auf einen so exponierten Posten wie Moskau zu stellen !

-----  
SPD. Dresden, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

In Dresden wurde am Freitag das Deutsche Hygiene-Museum eröffnet.

In seiner Begrüßungsrede führte der Dresdener Oberbürgermeister Dr. Blüher u. a. aus, dass die Leitung des Museums die Absicht habe, einen internationalen Gesundheitsdienst des Deutschen Hygienemuseums einzurichten, der seine Zentrale im Museum habe und der ständige Vertretungen in allen Kulturstaaten besitze. Reichsminister Dr. Wirth überbrachte die Wünsche der Reichsregierung.

Reichstagspräsident Löbe führte u. a. aus: Die moderne Gesetzgebung habe sich längst der Gesundheitspflege angenommen. Das beweise der Schutz der werdenden Mütter, die Säuglingspflege, die Ernährung der Schuljugend, von den allgemeinen Vorschriften über den Gesundheitsschutz ganz abgesehen. Alles das aber könne nur wirksam werden, wenn der einzelne selbst den Bau seines Körpers, die ihm drohende Gefahr und die Abwehrmöglichkeiten kenne. Daran solle das Museum mithelfen. Erfreulicherweise sei es gelungen, in den letzten 20 Jahren die Säuglingssterblichkeit um zirka 50 % herabzumindern. Trotzdem müsse mit dem gesetzlichen Schutz und der Belehrung noch viel mehr getan werden, denn die Unfallziffer steige unaufhörlich. Auch seien die Todesfälle bei den außerehelichen Kindern immer noch doppelt so hoch wie bei den ehelichen. Die Tuberkuloseerkrankungen und die Zunahme der Geschlechtskrankheiten, aber auch ein Gang durch die Wohnviertel des Proletariats, wo die Volkskrankheiten zu Hause seien, verpflichteten den bessergestellten Teil des Volkes, dem andern, hilfsbedürftigen Teil zu helfen. Das Ziel müsse bleiben, eine gesunde Generation zu schaffen. Dass es dem Museum gelingen möge, dieses Ziel zu erreichen, sei der Glückwunsch der deutschen Volksvertretung.

Es sprachen dann noch der sozialdemokratische Präsident des sächsischen Landtags Weckel und der sozialdemokratische Vorsteher der Dresdner Stadtverordnetenversammlung Dölitzsch.

-----  
SPD. München, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Freitag hielt der Preussische Landkreistag in München seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die Tagung war aus allen Teilen Preussens von über 600 Delegierten beschickt. Ausser den hauptamtlichen Landräten waren ehrenamtliche Kreisvertreter in grosser Zahl erschienen.

Die Beratung des Geschäftsberichts führte zu einer interessanten Diskussion über die Grenzen der Selbstverwaltung, in der, wenn auch mit Abstufungen,

der Wille zum Ausdruck kam, die Pflichten und Grenzen der Selbstverwaltung gegenüber allen Faktoren in Politik und Wirtschaft zu finden. Der Geschäftsbericht wurde genehmigt. Die Vorstandswahl führte zur Wiederwahl des Vorsitzenden, Landrat Dr. von Achenbach, und des zweiten Vorsitzenden, Landrat Schlemminger.

-----

SPD. Der von Mussolini drei Jahre lang in Verbannung gehaltene Führer der Kommunistischen Partei Italiens A. Berdiga ist von der Komintern als Anhänger Trotzki als der III. Internationale ausgeschlossen worden. Alle Versuche Stalins, Berdiga für seine Politik zu gewinnen, sind misslungen.

-----

SPD. München, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Im Lager der Regierungsparteien des Bayerischen Landtages herrscht z. Zt. Krisenlust, da bisher trotz aller Bemühungen eine Einigung über die Deckung des im bayerischen Haushalt für 1930 enthaltenen Defizits von 22 Millionen nicht erzielt werden konnte.

Der Stein des Anstosses ist in erster Linie die von dem Finanzminister der Bayerischen Volkspartei vorgeschlagene Schlachtsteuer, die 15 Millionen bringen soll, vom Bauernbund bisher aber radikal abgelehnt wird. Eine Besprechung der Koalitionsparteien, die am Freitag stattfand, hat mit schweren Differenzen geendet, da der Bauernbund ebenfalls keine Neigung zeigte, Gegenvorschläge zu machen. Das sei Aufgabe des Finanzministers, zumal auch die beiden anderen Regierungsparteien den Plänen des Ministers keineswegs geschlossen zustimmten. Darauf will sich aber der Finanzminister unter keinen Umständen einlassen. Er besteht auf seinem Vorschlag und hat bereits mit seinem Rücktritt gedroht, wenn nicht im Laufe der nächsten Woche eine Entscheidung dahin fallen sollte, dass die neuen Steuern zur Deckung des Defizits bereits mit dem 1. Juni in Kraft gesetzt werden können.

Über den Ernst der Situation gibt eine Erklärung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz hinreichend Aufschluss, die in folgendem Satze gipfelt: "Gelingt es in der allernächsten Zeit nicht, den von sämtlichen Koalitionsparteien gebilligten Grundsatz, dass unter allen Umständen durch die Schaffung von Mehreinnahmen eine Beseitigung des Defizits vorgenommen werden muss, praktisch zu verwirklichen, dann sind die Befürchtungen aller derer nur zu berechtigt, die eine ernste politische Krise in Bayern für bevorstehend halten."

-----

SPD. Weimar, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Der thüringische Innenminister Frick hat aus dem Staatsfonds zur Förderung künstlerischer und kultureller Bestrebungen dem sogenannten "Kampfbund für deutsche Kultur" einen grösseren Geldbetrag überweisen lassen. Diesem Kampfbund der Hitlerjugend gehört neben anderen nationalsozialistischen Organisationen auch der berüchtigte nationalsozialistische Bund "Adler und Falken" an. Damit ist erwiesen, dass Hitler Staatsgelder zur Unterstützung nationalsozialistischer Organisationen und Umtriebe zur Verfügung gestellt hat.

-----

SPD. Ein interessantes Eingeständnis über die Fluktuation in der KPD zugunsten der Nationalsozialisten macht der KPD Führer Remmele in der neuesten Ausgabe der "Internationale". In einer Polemik gegen den kaltgestellten Merker erklärt Remmele, dass die Nationalsozialisten "in einer Reihe von Bezirken" (er führt namentlich Baden Thüringen und "andere Provinzen" auf) die Kommunistische Partei nicht unwesentlich überflügelt habe.

-----  
SPD. Paris, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Der am Freitag aus Algier zurückgekehrte Postminister Mallarmee hat anlässlich des Proteststreiks der Postbeamten "eine erste Serie von Aktionen" verordnet, die ausser der Rüge, Disziplinarverfahren und die fristlose Entlassung der "Schuldigen" vorsehen. Der Minister werde - so heisst es in einem amtlichen Kommuniqué - nach eingehendem Studium der Akten, gegen eine Anzahl der Streikenden noch ein "individuelles Verfahren" einleiten. Im übrigen sei im Einvernehmen mit dem Kriegsminister und dem Polizeipräfekten alle Massnahmen ergriffen worden, um im Falle der Wiederholung des Streiks den Dienst aufrecht zu erhalten und gegen die Streikenden in aller Schärfe vorgehen zu können.

Die beispiellose Brutalität, mit der die Regierung unter Umgehung aller Bestimmungen gegen die Postgewerkschaft und ihre Mitglieder zu Felde zieht, dürfte auf die französischen Arbeitermassen ihren Eindruck nicht verfehlen. Jeder neue Vorstoss der Regierung der Reaktion gegen die Gewerkschaft wird, wie der "Populaire" am Freitag betont, nur die unaufhaltsame Kette der sozialistischen Wahlsiege durch ein neues Glied vermehrten.

-----  
SPD. Weimar, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Differenzen innerhalb der Thüringischen Regierungskoalition über die Ernennung des Nationalsozialisten Ortlepp zum Polizeidirektor von Weimar wurden auch am Freitag nicht behoben. Ob sie überhaupt behoben werden können, erscheint zurzeit äusserst zweifelhaft.

Im Verlauf der Freitag-Sitzung des Thüringischen Landtags, in der sich der nationalsozialistische Minister Frick gegen den Vorwurf der sozialdemokratischen Opposition, umstürzlerische Bestrebungen anzubahnen, verteidigte, nahm er u. a. auch zu der Frage der Ernennung von Nationalsozialisten zu Polizeidirektoren Stellung. Frick erklärte: Wenn man von Reichswegen einen Nationalsozialisten als Polizeiminister in Thüringen dulde, dann dürften auch Nationalsozialisten in Thüringen Polizeibeamte und Polizeidirektoren sein. Die Nationalsozialisten seien keineswegs dazu da, in Thüringen unpopuläre Steuergesetze mit zu beschliessen, während sie sonst als Menschen zweiter Klasse behandelt und bei der Besetzung von Beamtenstellen ausgeschlossen würden. Eine derartige Einstellung widerspreche der Reichsverfassung. Die Stellung des Polizeidirektors von Weimar sei zurzeit noch umstritten. Die Nationalsozialisten würden jedoch an dem von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten, dem Nationalsozialisten Ortlepp, festhalten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Brill wies nach, dass seit Januar an der Bildung von nationalsozialistischen Zellen innerhalb der thüringischen Landespolizei gearbeitet wird. Auch der Abgeordnete Frölich (Soz) widerlegte die Ausführungen des Minister, dass er gar nicht daran gedacht habe, die Reichsverfassung anzutasten, mit Zitaten aus den jüngsten Reichstagsreden des Herrn Frick. Er schloss mit den Worten, die vor Wochen der bekannte Volksparteiler Kahl im Reichstag benutzte: "Verleumder, schämen Sie sich!"

In parlamentarischen Kreisen spricht man davon, dass die Nationalsozialisten

sten aus der Regierung austreten würden, wenn der nationalsozialistische Gerichtsassessor Ortlepp nicht zum Polizeidirektor von Weimar ernannt werden sollte. Die Kommunisten haben inzwischen einen Antrag auf Auflösung des thüringischen Landtags eingebracht.

SPD. Paris, 16. Mai (Eig. Drahtb.)  
Am Freitag fand im hiesigen Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz Tardieu's eine Konferenz über die zu ergreifenden Massnahmen zur Räumung des Rheinlandes statt. An der Sitzung nahmen u. a. teil der Oberkommandierende der Rheinarmee, General Guillaumat und der Chef des französischen Generalstabs, Weygand. Ob es Tardieu in dieser Sitzung gelang, die Widerstände der Militärs und gewisser politischer Kliken zu brechen und seinen eigenen wie Briands Willen zur Einhaltung des vereinbarten Termins, des 30. Juni 1930, durchzusetzen, wird weder in einem offiziellen Kommuniqué über den Verlauf der Sitzung gesagt noch ist in der offiziösen Presse eine befriedigende Erklärung über diesen Punkt zu lesen.

SPD. Warschau, 16. Mai (Eig. Drahtb.)  
Im Zusammenhang mit der für den 23. Mai erwarteten Einberufung des polnischen Parlaments schreibt der "Krakauer Kurier", dass die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr zu den dringenden Aufgaben des Sejm gehöre, seitdem das Reich die Zollsätze für die Agrarprodukte heraufgesetzt und dadurch das Gleichgewicht des Vertrages gestört habe. Ehe man zur Ratifizierung schreiten könne, müsse dieses Gleichgewicht wiederhergestellt werden und zwar durch die Heraufsetzung der polnischen Importzölle für eine Reihe von Industrieprodukten.  
Ein Teil der polnischen Regierungspresse erklärt, dass Polen den Handelsvertrag erst ratifizieren könne, wenn sich zeigen sollte, dass der Import anderer Staaten von den Agrarzöllen Schieles nicht betroffen würde.

SPD. Haag, 16. Mai (Eig. Drahtb.)  
Am Freitag wurde der langjährige Führer der niederländischen Sozialdemokratie, Troelstra, im Haag zur letzten Ruhe gebettet. Zahlreiche Sonderzüge aus allen Teilen des Landes führten Tausende von Anhängern Troelstra's nach dem Haag. Aus Amsterdam waren in drei überfüllten Extrazügen 5 000 Teilnehmer erschienen. Auch aus Friesland, der Heimat Troelstra's, und aus Groningen waren mehrere tausend Mitglieder der Sozialdemokratie herbeigeeilt, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Aus den benachbarten Städten brachten tausende von Autobussen grosse Menschenmassen in die Stadt. Im Auftrag der Internationale war Vandervelde erschienen, für die belgischen Sozialisten war Huysmann und für die deutsche Sozialdemokratie Otto Wels anwesend.  
Auf dem Friedhof defilierten etwa 50 000 Menschen an dem Sarge des verstorbenen Führers. Auch zahlreiche bürgerliche Politiker erwiesen dem toten Gegner die letzte Ehre. In einer zweiten Gedächtnisfeier erwiesen dem toten im Namen der sozialistischen Kammerfraktion, in Gegenwart der Frau, der Kinder und Enkelkinder des Verstorbenen, des toten Führers, als eines Priesters der Menschheit, der sich selbst geopfert habe. Vandervelde widmete dem Toten Abschiedsworte im Namen der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Otto Wels ehrte in packenden Worten den Mann, der wie ein Fürst zu Grabe getragen werde, als ein Priester der Liebe und der Reinheit im Handeln und im Wollen, der die

SPD. Ein interessantes Eingeständnis über die Fluktuation in der KPD zugunsten der Nationalsozialisten macht der KPD Führer Remmele in der neuesten Ausgabe der "Internationale". In einer Polemik gegen den kaltgestellten Merker erklärt Remmele, dass die Nationalsozialisten "in einer Reihe von Bezirken" (er führt namentlich Baden Thüringen und "andere Provinzen" auf) die Kommunistische Partei nicht unwesentlich überflügelt habe.

-----  
SPD. Paris, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Der am Freitag aus Algier zurückgekehrte Postminister Mallarmee hat anlässlich des Proteststreiks der Postbeamten "eine erste Serie von Aktionen" verordnet, die ausser der Rüge, Disziplinarverfahren und die fristlose Entlassung der "Schuldigen" vorsehen. Der Minister werde - so heisst es in einem amtlichen Kommuniqué - nach eingehendem Studium der Akten, gegen eine Anzahl der Streikenden noch ein "individuelles Verfahren" einleiten. Im übrigen seien im Einvernehmen mit dem Kriegsminister und dem Polizeipräfekten alle Massnahmen ergriffen worden, um im Falle der Wiederholung des Streiks den Dienst aufrecht zu erhalten und gegen die Streikenden in aller Schärfe vorgehen zu können.

Die beispiellose Brutalität, mit der die Regierung unter Umgehung aller Bestimmungen gegen die Postgewerkschaft und ihre Mitglieder zu Felde zieht, dürfte auf die französischen Arbeitermassen ihren Eindruck nicht verfehlen. Jeder neue Vorstoss der Regierung der Reaktion gegen die Gewerkschaft wird, wie der "Populaire" am Freitag betont, nur die unaufhaltsame Kette der sozialistischen Wahlsiege durch ein neues Glied vermehrten.

-----  
SPD. Weimar, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Differenzen innerhalb der Thüringischen Regierungskoalition über die Ernennung des Nationalsozialisten Ortlepp zum Polizeidirektor von Weimar wurden auch am Freitag nicht behoben. Ob sie überhaupt behoben werden können, erscheint zurzeit äusserst zweifelhaft.

Im Verlauf der Freitag-Sitzung des Thüringischen Landtags, in der sich der nationalsozialistische Minister Frick gegen den Vorwurf der sozialdemokratischen Opposition, umstürzlerische Bestrebungen anzubahnen, verteidigte, nahm er u. a. auch zu der Frage der Ernennung von Nationalsozialisten zu Polizeidirektoren Stellung. Frick erklärte: Wenn man von Reichswegen einen Nationalsozialisten als Polizeiminister in Thüringen dulde, dann dürften auch Nationalsozialisten in Thüringen Polizeibeamte und Polizeidirektoren sein. Die Nationalsozialisten seien keineswegs dazu dan, in Thüringen unpopuläre Steuergesetze mit zu beschliessen, während sie sonst als Menschen zweiter Klasse behandelt und bei der Besetzung von Beamtenstellen ausgeschlossen würden. Eine derartige Einstellung widerspreche der Reichsverfassung. Die Stellung des Polizeidirektors von Weimar sei zurzeit noch umstritten. Die Nationalsozialisten würden jedoch an dem von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten, dem Nationalsozialisten Ortlepp, festhalten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Brill wies nach, dass seit Januar an der Bildung von nationalsozialistischen Zellen innerhalb der thüringischen Landespolizei gearbeitet wird. Auch der Abgeordnete Frölich (Soz) widerlegte die Ausführungen des Minister, dass er gar nicht daran gedacht habe, die Reichsverfassung anzutasten, mit Zitaten aus den jüngsten Reichstagsreden des Herrn Frick. Er schloss mit den Worten, die vor Wochen der bekannte Volksparteiler Kahl im Reichstag benutzte: "Verleumder, schämen Sie sich!"

In parlamentarischen Kreisen spricht man davon, dass die Nationalsozialisten



sten aus der Regierung austreten würden, wenn der nationalsozialistische Gerichtsassessor Ortlepp nicht zum Polizeidirektor von Weimar ernannt werden sollte. Die Kommunisten haben inzwischen einen Antrag auf Auflösung des thüringischen Landtags eingebracht.

-----  
SPD. Paris, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Freitag fand im hiesigen Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz Tardieu's eine Konferenz über die zu ergreifenden Massnahmen zur Räumung des Rheinlandes statt. An der Sitzung nahmen u.a. teil der Oberkommandierende der Rheinarmee, General Guillaumat und der Chef des französischen Generalstabs, Weygand. Ob es Tardieu in dieser Sitzung gelang, die Widerstände der Militärs und gewisser politischer Kliquen zu brechen und seinen eigenen wie Briands Willen zur Einhaltung des vereinbarten Termins, des 30. Juni 1930, durchzusetzen, wird weder in einem offiziellen Kommuniqué über den Verlauf der Sitzung gesagt noch ist in der offiziellen Presse eine befriedigende Erklärung über diesen Punkt zu lesen.

-----  
SPD. Warschau, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit der für den 23. Mai erwarteten Einberufung des polnischen Parlaments schreibt der "Krakauer Kurier", dass die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr zu den dringenden Aufgaben des Sejm gehöre, seitdem das Reich die Zollsätze für die Agrarprodukte heraufgesetzt und dadurch das Gleichgewicht des Vertrages gestört habe. Ehe man zur Ratifizierung schreiten könne, müsse dieses Gleichgewicht wiederhergestellt werden und zwar durch die Heraufsetzung der polnischen Importzölle für eine Reihe von Industrieprodukten.

Ein Teil der polnischen Regierungspresse erklärt, dass Polen den Handelsvertrag erst ratifizieren könne, wenn sich zeigen sollte, dass der Import anderer Staaten von den Agrarzöllen Schieles nicht betroffen würde.

-----  
SPD. Haag, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Freitag wurde der langjährige Führer der niederländischen Sozialdemokratie, Troelstra, im Haag zur letzten Ruhe gebettet. Zahlreiche Sonderzüge aus allen Teilen des Landes führten Tausende von Anhängern Troelstra's nach dem Haag. Aus Amsterdam waren in drei überfüllten Extrazügen 5 000 Teilnehmer erschienen. Auch aus Friesland, der Heimat Troelstra's, und aus Groningen waren mehrere tausend Mitglieder der Sozialdemokratie herbeigeeilt, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Aus den benachbarten Städten brachten tausende von Autobussen grosse Menschenmassen in die Stadt. Im Auftrag der Internationale war Vandervelde erschienen, für die belgischen Sozialisten war Huysmann und für die deutsche Sozialdemokratie Otto Wels anwesend.

Auf dem Friedhof defilierten etwa 50 000 Menschen an dem Sarge des verstorbenen Führers. Auch zahlreiche bürgerliche Politiker erwiesen dem toten Gegner die letzte Ehre. In einer zweiten Gedächtnisfeier gedachte Albarda im Namen der sozialistischen Kammerfraktion, in Gegenwart der Frau, der Kinder und Enkelkinder des Verstorbenen, des toten Führers, als eines Priesters der Menschheit, der sich selbst geopfert habe. Vandervelde widmete dem Toten Abschiedsworte im Namen der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Otto Wels ehrte in packenden Worten den Mann, der wie ein Fürst zu Grabe getragen werde, als ein Priester der Liebe und der Reinheit im Handeln und im Wollen, der die

sozialistische Welt wieder zusammengeführt und sich den besonderen Dank der deutschen Sozialdemokratie erworben habe.

Am Freitag abend fanden in Holland überall lokale Trauerkundgebungen für Troelstra statt.

-----  
SPD. New Delhi, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Polizeibehörden haben dem Stellungskrieg zwischen Frau Naidu bezw. ihren Anhängern und der Polizei nach 28 stündiger beiderseitiger Untätigkeit ein Ende bereitet. Frau Naidu und 100 ihrer Anhänger wurden verhaftet und nach dem Feldlager der Anhänger Gandhis in Dharsane zurückgebracht. Dort wurden sie wieder auf freien Fuss gesetzt. Vor der Verhaftung hatte die Polizei Frau Naidu und ihren Anhängern jede Zufuhr an Nahrungsmitteln und Wasser abgeschnitten.

Die Nachricht von dem Stellungskrieg zwischen Frau Naidu und der Polizei hat Tausende von Anhängern Gandhis in allen Teilen der Provinz Bombay veranlasst, nach Dharsana zu wandern um die gescheiterte Besitzergreifung des staatlichen Salzdepots vorzunehmen. Die Polizei, die sämtliche Zugangsstrassen nach Dharsana abgeschnitten hatte, hinderte die Anhänger Gandhis an der Erreichung ihres Zieles. Frau Tschattopadhyaya, die beabsichtigt hatte, während des kommenden Wochenendes von dem staatlichen Salzdepot in Wadana Besitz zu ergreifen, ist verhaftet und in Bombay zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

-----  
SPD. Halle, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Der zweite Bundesvorsitzende des Stahlhelms, Oberleutnant a. D. Düsterberg, war kürzlich in Eisleben wegen Beleidigung des früheren preussischen Innenministers Grzesinski zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Staatsanwalt und der Beklagte hatten gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Das Landgericht Halle verwarf am Freitag die Berufung des Staatsanwalts und setzte die Düsterberg zudiktierte Geldstrafe von 500 Mark auf 150 Mark herab.

Düsterberg hatte vor Monaten in Eisleben in einer Stahlhelmversammlung u. a. geäußert, wir seien jetzt so frei, dass sich bei uns in Deutschland jedes Schwein in seinem Dreck herumsielen könne. Minister Grzesinski mache sich zum Ausführungsorgan der Feindmächte. Hoffentlich verliehen sie ihm auch die Ehrenlegion, die er dann auf den Frack haften könne, damit er bei seinen Gelagen vom Oberkellner zu unterscheiden sei. In bezug auf den Merseburger Regierungspräsidenten von Harnack äusserte Düsterberg, "das sei auch so einer". Judas Ischarioth sei ihm lieber, der habe sich wenigstens nach seiner Schandtät aufgehängt.

In der Berufungsinstanz beantragte der Staatsanwalt 1 Monat Gefängnis für die Beleidigung des früheren Ministers Grzesinski und 300 Mark Geldstrafe für die Beleidigung des Regierungspräsidenten. Das Gericht kam jedoch zu einem anderen Spruch, da nach seiner Ansicht nur eine formelle Beleidigung des Ministers vorliege, während Harnack überhaupt nicht beleidigt worden sei.

-----  
SPD. In der Freitagsitzung des Untersuchungsausschusses des Landtags zur Prüfung der Misswirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung wurden eine ganze Reihe von Zeugen über die Grundstückstransaktionen Bellevuestrasse 1 und 2 vernommen.

Die Vernehmungen ergaben ein ziemlich klares Bild über den Anfang, den Verlauf und das Zustandekommen dieses Geschäftes. Das grosse Eckhaus Potsdamer Platz - Bellevuestrasse 1 gehörte der Hotel Bristol-Gesellschaft und stand

zeitweise leer. Ein Banken-Konsortium hatte seinerzeit die Absicht, an dieser verkehrsreichsten Stelle von Berlin ein Bürohaus zu errichten. Dieser Plan wurde durchkreuzt durch eine Fluchtlinienänderung, die für die Verkehrsregelung einen erheblichen Teil des Grundstückes in Anspruch nahm. Infolgedessen wurde der Plan fallen gelassen, ein Bürohaus zu errichten und man trat mit der Firma Lafayette in Verbindung, um ein Warenhaus zu bauen. Diese Absicht war wiederum nur durchzuführen, wenn das Nachbargrundstück Bellevuestrasse 2 hinzugekauft wurde, das aber als Stiftungsgrundstück der Stadt gehörte. Jetzt trat die Firma Wertheim auf den Plan, die ihrerseits das städtische Grundstück kaufen wollte, um damit den Plan, in unmittelbarer Nähe ihres Stammhauses ein Konkurrenzunternehmen zu errichten, verhindern wollte. Offenbar hat die Stadt diese beiden Interessengruppen gegeneinander ausgespielt, um den Preis für ihr Grundstück in die Höhe zu treiben. Das Geschäft ist dann schliesslich mit dem Bankkonsortium auf die Weise perfekt geworden, dass der zum Zwecke der Verkehrsregelung von dem Grundstück Bellevuestrasse 1 abgetretene Boden mit 2,3 Mill. Mark angerechnet wurde und für das städtische Grundstück Bellevuestrasse 2 900 000 Mark hinzugezahlt wurden.

Eine besondere Rolle spielte dabei eine Überweisung von 300 000 Mark des Bankhauses Schlesinger an die holländische Bank, die auf Anweisung des dem Konsortium angehörenden Bankiers Sachs erfolgte. Sachs wollte von dieser Summe 100 000 Mark für politische Zwecke abzweigen. Wie festgestellt wurde, liegen 200 000 Mark noch auf der Bank in Holland, während 100 000 Mark tatsächlich abgehoben sind, und zwar von dem schon oft genannten Holländer Lutki, dem Strohmann des Stadtrats Busch. Es wird Aufgabe der Staatsanwaltschaft sein, auch in diesem Falle zu klären, inwieweit Stadtrat Busch daran beteiligt ist. Jedenfalls hat am Freitag im Verlauf der Zeugenvernehmung ein Teilhaber der Firma Schlesinger bekundet, Sachs habe ihm vor 8 Tagen davon Kenntnis gegeben, dass Busch ihm gegenüber unter Hinweis auf das zustande gekommene Geschäft gesagt habe, er müsse nun aber auch etwas für politische Zwecke, für die Partei tun. Damit war die Wirtschaftspartei gemeint, der Busch angehörte, die aber nie einen Pfennig bekommen haben will.

Inwieweit der demokratische Stadtrat Katz, der ebenfalls mit der Bankfirma Schlesinger in engster Fühlung stand, persönlich an diesen Transaktionen interessiert war, wird noch aufzuklären sein. - Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

-----  
SPD, Wien, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Im Verlauf der am Freitag fortgesetzten Debatte über die am Donnerstag von dem österreichischen Bundeskanzler im Nationalrat abgegebene Erklärung griff der sozialdemokratische Abgeordnete Sever die Rede eines steirischen Bundesführers über die von der Regierung beabsichtigte Abrüstung auf. Darin heisst es, dass die Heimwehr hinsichtlich der Abrüstung von der Regierung vollkommen beruhigende Erklärungen und weitgehende Zusagen erhalten habe. Es bestände auch volle Garantie darüber, dass eine formelle Abrüstungsaktion nicht zum Nachteil, sondern eher zum Vorteil der Heimwehr verlaufen werde.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Sever stellte dazu fest, dass die Sozialdemokratie für eine vollständige Abrüstung eintrete. Wenn man aber glaube, dass sich die Abrüstung nur gegen die Arbeiterschaft richten könne, so sei das ein Irrtum. Der Bundeskanzler müsste von der Tribüne des Parlaments herab feststellen, ob die Rede des steirischen Heimwehrführers auf Wahrheit beruhe oder ob dieser Mann den Mut gehabt habe, seine Unterredung mit dem Bundeskanzler falsch darzustellen.

Bundeskanzler Schober verzichtete auf jede Gegenäusserung. Der sozialdemokratische Abgeordnete Bauer forderte daraufhin den Präsidenten des Nationalrats auf, den Bundeskanzler zu einer Antwort zu veranlassen. Das lehnte der Präsident mit dem Hinweis darauf ab, dass er keine geschäftsordnungsmässige

Möglichkeit dazu habe und es dem Bundeskanzler selbst überlassen müsse, ob er antworten wolle oder nicht.

Ein Wiener Abendblatt stellt fest, dass Schober bei der nächsten Gelegenheit auf die von sozialdemokratischer Seite an ihn gerichtete Anfrage antworten werde.

SPD. Genf, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Aussenminister Curtius stattete am Freitag dem Direktor der Internationalen Arbeitsamtes einen kurzen Besuch ab. Um 2 Uhr verliess er Genf. Die deutsche Delegation reiste abends um 6 Uhr ab. Dr. Curtius wird noch einige Tage in Badenweiler bleiben.

SPD. New Delhi, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

In Mymensingh in der Provinz Bengal, ist es am Mittwoch, wie erst jetzt infolge der strengen Zensur bekannt wird, zu schweren Unruhen gekommen. Nach dem offiziellen Bericht versuchte die erregte Menge den Verkauf von Branntwein zu verhindern. Die Polizei wurde von einer grossen Menge heftig mit Steinen beworfen. Sie erwiderte nach einer Warnung mit der Schusswaffe. Ein Polizeioffizier und 32 Polizisten wurden verletzt. Die Zahl der verletzten Eingeborenen beläuft sich auf 53.

SPD. Halle, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Im Februar dieses Jahres entfaltete die Stahlhelmpresse und die preussische Rechtspresse eine wüste Hetze gegen die Sozialdemokratie, weil in dem Halleschen Vorort Ammendorf ein junger Holzarbeiter den Jungstahlhelmer Graefe angeblich aus politischen Gründen niedergeschlagen haben sollte. Jetzt hat die Verhandlung vor dem Jugendgericht in Halle nach Mitteilung der amtlichen Justizpressestelle des Landgerichtes einwandfrei ergeben, dass politische Gegensätze bei der Tat keine Rolle spielten. Es habe sich vielmehr um eine unter der Wirkung des Alkohols aus harmlosen Gründen entstandene Schlägerei gehandelt, an der die Hauptschuld den getöteten Stahlhelmer treffe. Der Angeklagte habe dem Stahlhelmer im Verlauf des Streites einen heftigen Faustschlag ins Gesicht versetzt. Der Stahlhelmsmann sei hingestürzt und habe sich eine Verletzung am Gehirn zugezogen, an deren Folgen er schliesslich gestorben sei.

Obwohl dem Angeklagten von allen Seiten das beste Zeugnis ausgestellt wurde, wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das Gericht nahm an, dass er bei dem Abwehrschlag über die Grenzen der erlaubten Notwehr hinausgegangen sei.

SPD. Amsterdam, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Holländische Verein der Arbeiter-Radio-Amateure VARA hat nach jahrelangem Kampf von der Regierung ein Viertel der gesamten Sendezeit beider Sender des Landes zugeweiht erhalten und zwar so, dass dem Verein dreieinhalb ganze Tage pro Woche zur Verfügung stehen. Einen Tag muss er mit einem allgemeinen, nicht parteimässig gebundenen Programm füllen. Die übrige Sendezeit ist unter der gleichen Bedingung den christlichen, konservativen und liberalen Radiovereinen zugeweiht.

SPD. London, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Aus Bombay wird gemeldet, dass man in liberalen indischen Kreisen mit der Aufnahme baldiger Verhandlungen zwischen Gandhi und der Regierung von Indien rechnet. Wie der Korrespondent des "Soz. Pressedienst" aus London erfährt, ist in Londoner offiziellen Kreisen von einer solchen Absicht der Regierung nichts bekannt.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags verabschiedete am Freitag den Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter, der für 1930 einen Zuschuss von 1761 Millionen Mark erfordert, wovon auf Pensionen für Offiziere des alten Heeres und ihre Hinterbliebenen 190 Millionen, auf Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene 1280 Millionen Mark entfallen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Kapitalabfindung den Ansatz von 63 auf 68 Millionen erhöhen wollte, wurde abgelehnt, desgleichen eine sozialdemokratische Entschliessung, wonach die Einsparungen der nächsten Jahre, die sich aus der allmählichen Verringerung der Zahl der Versorgungsberechtigten oder einer Abänderung der Gesetzgebung ergeben, für die notwendige Verbesserung der Versorgung verwendet werden sollten. Angenommen wurde eine Entschliessung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, das Verfahren in Versorgungssachen zu vereinfachen und den Kreis der Versorgungsberechtigten festzulegen.

SPD. Krakau, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Internationale Bergarbeiterkongress beschäftigte sich im weiteren Verlauf seiner Beratungen mit der Berufsausbildung, der Aus- und Einwanderung, mit dem Kampf gegen den Krieg, der Unfallentschädigung und der Angleichung der Kampfmethoden.

In der Frage der Berufsausbildung fordert der Kongress eine gesetzliche Regelung und Sicherung eines Mitbestimmungsrechts der Organisationen bei der Aufstellung der Lehrpläne und bei der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen. In der Aussprache über die Wanderungsfrage wurde vor allem die steigende Zuwanderung von Berg- und Metallarbeitern nach Belgien, Luxemburg, Nordfrankreich, Lothringen und Holland kritisch beleuchtet. Bei den Zuwanderern handele es sich hauptsächlich um rückständige Elemente, die der Organisationsarbeit schwer zugänglich seien. Der Kongress verlangt, dass der vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Luxemburg errichtete Sonderausschuss das gesamte Einwanderungsgebiet organisatorisch bearbeite. Für alle Einwanderungsländer fordert er scharfe Kontrolle der Anwerbung, die ausschliesslich amtlichen Organen zu übertragen sei, sowie schärfste Überwachung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse der zugewanderten Arbeiter. Zur Belebung der Aktion gegen den Krieg beschloss der Kongress, an einem noch zu bestimmenden Tag einen 24 stündigen Demonstrationstreik der Bergarbeiter aller Länder durchzuführen. In der Frage der Entschädigung der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten der Bergarbeiter fordert die Internationale in einer von ihr angenommenen Entschliessung einen Ausbau der Unfallversicherung in der Form, dass sämtliche im Bergbaubetrieb sowie auf dem Weg zur und von der Arbeitsstelle sich ereignenden Unfälle zu entschädigen sind. Entschädigungspflichtig sei der Unternehmer. Die Berufskrankheiten im Bergbau seien den Unfällen gleichzustellen. Den Hinterbliebenen der tödlich Verletzten oder der an einer Berufskrankheit verstorbenen Bergarbeiter sei eine angemessene Entschädigung zu zahlen. In der Organisation der Unfallversicherung müssten die Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern gleichberechtigt vertreten sein.

Die Erörterung des Programms der Angleichung der Kampfmethoden, der Festsetzung der Löhne in den verschiedenen Ländern sowie des Schieds- und Schlichtungswesens ergab, dass in diesen Fragen nur sehr mühsam ein Fortschritt zu erzielen sei und den Organisationen der verschiedenen Länder in der Befolgung der Kampfmethoden eine gewisse Freiheit gelassen werden müsse.

## Reichstagsstimmungsbild.

SPD. Berlin, 16. Mai (Eig. Ber.)

Der Reichstag erledigte am Freitag die zweite Beratung der Haushalte des Reichspräsidenten und der Reichskanzlei. Es bestand keine Neigung zu einer Aussprache, nur die Kommunisten stellten zwei Redner. Der eine, Herr Beutling, schimpfte auf angeblich schamlose Massnahmen der Reichsregierung Hermann Müller. Er schien noch gar nicht gemerkt zu haben, dass ein Wechsel in der Regierung eingetreten ist, oder hielt er sich für verpflichtet, die bürgerliche Reichsregierung zu schonen. Dann leistete er sich eine Reihe von Beleidigungen des alten Reichspräsidenten, fügte sich aber, als der Vizepräsident bat, die Person des Reichspräsidenten nicht in dieser Form in die Debatte zu ziehen. Der bayerische Volksparteiler Rauch hatte Sorgen, dass die Reichsgesandtschaft in München künftig einmal wegfallen könnte und meinte, es sei ein Nadelstich gegen Bayern, wenn man diese Reichsgesandtschaft in München als "künftig wegfallend" bezeichne.

Anschliessend trat das Haus in die Beratung des Etats des Reichsjustizministeriums ein. Sofort bedeckte sich die Rednerliste mit einer langen Reihe von Namen. Es steht eine Aussprache bevor, die mindestens noch die Sitzung des Sonnabend ausfüllt.

Der deutschnationale Berichterstatter Hergt behandelte den Reichsjustizminister recht wohlwollend. Er konnte sich aber nicht enthalten, darauf hinzuweisen, dass Bredt der 13. Reichsjustizminister sei. Das Haus lachte amüsiert, als der Berichterstatter bat, diesen Hinweis nicht in Anwendung mit der einstimmigen Ablehnung der ersten Justizreformvorlage dieses Ministers am Donnerstag zu bringen.

Die Hauptrede des Tages hielt der sozialdemokratische Abg. Rosenfeld. Er behandelte in gründlicher Kritik die veraltete Rechtsprechung des Reichsgericht. Insbesondere verlangte er, dass der Reichstag Stellung nehme gegen das Reichsgerichtsurteil, dass bei einer Begrenzung des Eigentums aufgrund des Fluchtlinienplanes die Gemeinden im vollen Umfange schadenersatzpflichtig mache. Diese Entscheidung besage weiter, dass das Fluchtliniengesetz aus dem Jahre 1875 gegen die Verfassung verstosse. Seit 55 Jahren beruhe der ganze preussische Städtebau auf diesem Gesetz. Die Gemeinden seien aufs höchste beunruhigt. Das Reichsgerichtsurteil reisse alle Schranken gegen die Bodenspekulation nieder. Der Grundstückseigentümer, der diesen Prozess auf Schadenersatz gegen die Stadt Berlin vor dem Reichsgericht angestrengt habe, habe für ein kleines Stück Land 1 700 000 Mark Entschädigung verlangt, obwohl er für das ganze Grundstück in der Inflationszeit nur 20 000 Mark bezahlt habe. Von dem jetzigen Reichsjustizminister, als einem scharfen Gegner der Bodenreform, sei gegenüber diesem Urteil nichts zu erwarten. Der Reichstag müsse eingreifen.

Rosenfeld ironisierte ferner, dass das Reichsgericht aufgrund von fürstlichen Hausrechtsparagrafen noch Urteile gegen sogenannte Misshelraten fälle. Zurufe von der Rechten und aus der Deutschen Volkspartei bewiesen, dass Teile dieser Parteien solches Privatfürstenrecht verewigen wollen. Der sozialdemokratische Redner wies schliesslich darauf hin, dass durch die Abschaffung der Schwurgerichte das Laien-Element in der Rechtsprechung immer mehr zurücktrete. Im Jahre 1923 hätten noch in 348 000 Fällen Laien Recht gesprochen. Im letzten Jahre aber nur noch in 70 000 Fällen. Ausserdem versuchten manche Richter die Mitwirkung von Schöffen dadurch zu sabotieren, dass sie die Urteile in einer Form abfassten, die zur Berufsstanz führen müssten. Gegenüber den Hoch- und Landesverratssachen erhob Rosenfeld den Vorwurf einer einseitigen Rechtsprechung gegen Links. Eine Amnestie dürfe nicht den Fememördern zugute kommen. Man wolle keine Amnestie, die die Fememörder befreie und linksradikale Verurteilte in den Strafanstalten lasse.

Der deutschnationale Abg. Everling, der in gewohnter geistloser Frechheit sprach, glaubte, dass die jetzige Reichsregierung die Kompromisse der letzten Koalition in der Strafrechtsreform nicht einfach übernehmen dürfe. Seine Rede war im übrigen ein Lobgesang auf die pflichttreuen Männer, wie er die Fememörder bezeichnete. Er forderte eine Amnestie zur Freilassung dieser Heroen nationaler Gesinnung, wie Everling sie auffasst. Leider fand er durch den Reichsjustizminister, der gleich darauf das Wort nahm, keinerlei Zurückweisung. Im Gegenteil, Minister Bredt trat ebenfalls für die Amnestierung der Fememörder ein wenn überhaupt eine Amnestie Zweck haben sollte. Bredt setzte sich auch sehr stark für die Rechtsprechung des Reichsgerichtes ein. Mit den Hochverratsprozessen sei es nicht so schlimm und von 1000 eingeleiteten Verfahren wegen Hochverrat seien nur 44 fortgeführt worden.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell bedauerte, dass in der Frage der am Donnerstag gescheiterten kleinen Justizreform das Reichsjustizministerium sich unter das Diktat des preussischen Finanzministers gebeugt habe. Er trug im übrigen einen Wunschzettel vor, der sich im wesentlichen auf Reformen des Zivilrechtes erstreckte, eine Reform der Ehescheidung war selbstverständlich nicht dabei.

Den Schluss des Tages bildete die Rede des kommunistischen Abgeordneten Dr. Alexander. Da schon der sozialistische Abg. Dr. Rosenfeld das Urteil des Reichsgerichtes revidiert hatte, das behauptet, die Wiedergabe einer einzelnen Reichstagsrede des Abg. Thälmann stehe nicht unter dem Schutze der Verfassung, war dem kommunistischen Redner ein Hauptstück seines Vortrages vorweggenommen. In der Tat widerspricht nach unserer Auffassung dieses Reichsgerichtsurteil dem Geiste der Reichsverfassung. Unmöglich kann eine Zeitung das gesamte stenographische Protokoll einer Reichstagsitzung abdrucken. Es muss jede einzelne Äusserung eines Abgeordneten aus dem Reichstag in einer Zeitung straflos wiedergegeben werden können. Dr. Alexander beklagte sich im übrigen über die schikanösen Strafverfolgungen gegen kommunistische Redakteure. Zweifellos zeigt das von ihm vorgetragene Material, dass mancher juristische Missgriff vorkommt. Auf der andern Seite ist aber auch nicht zu leugnen, dass die kommunistische Presse dauernd eine ungemein rohe Sprache führt und mit dem bewaffneten Aufstand spielt. Auch geht sie gewissenlos mit der Ehre politischer Gegner um, Das soll uns nicht hindern, in allen Fällen auch das Recht der Kommunisten zu unterstützen, wo es von der Justiz angetastet wird. - Nächste Sitzung Sonnabend zehn Uhr.

---

SPD. London, 16. Mai (Eig. Drahtber.)

Die konservative Gegnerschaft gegen den auf der Londoner Flottenkonferenz abgeschlossenen Vertrag scheint stärker zu sein, als man ursprünglich angenommen hatte. Bis Freitag abend hatten nicht weniger als 130 konservative Abgeordnete der "hinteren Bänke", also Abgeordnete, die keinen Ministerrang bekleidet haben und nicht Mitglieder des Partei- oder Fraktionsvorstandes sind, eine Entschliessung unterzeichnet, in der erklärt wird, dass der Flottenvertrag den Interessen des Reiches zuwiderlaufe. Die Entschliessung wird im Unterhaus jedoch nicht zur Abstimmung kommen, da ein derartiger Versuch von dem konservativen Einpeitscher verhindert worden ist. Die Antragsteller haben ihre Resolution daher dem Hause als einen Protest unterbreitet.

---

# „Aus aller Welt“

## Falschgeld über Europa!

Hochbetrieb in der privaten Münzfabrikation - Der Meisterfälscher als "Pan-europäer" - Falsche Pässe, falsche Pfunde, falsche Selbstmorde...

SPD. In den nächsten Tagen beginnt vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der grosse Dollarfälscherprozess gegen Jeremias und Genossen. Eine Reihe weiterer Falschgeldprozesse wird folgen.

Falschgeldmünzerei ist augenblicklich wieder grosse Mode. In Paris ist man einer internationalen Bande auf die Spur gekommen, die 50 Pfund Sterling-Noten vertreibt, von denen man annimmt, dass sie in Berlin hergestellt worden sind. Diese 50 Pfundnoten, die immerhin pro Stück einen - vorgetäuschten - Wert von 2000 Mark repräsentieren, sind mit grossem Raffinement hergestellt und nur für Leute, die einigermaßen mit Banknoten vertraut sind, auf den ersten Blick als Fälschungen erkennbar. Schon vor Monaten ging von Wien aus an alle Polizeibehörden Europas eine Alarmmeldung, dass falsche 50 Pfund-Noten in erheblichem Umfange in Verkehr gebracht worden seien, die mit glänzender Organisation von einer Fälscherbande vertrieben werden würden. Jetzt ist man den unerhört geschickt arbeitenden Verbrechern auf die Spur gekommen. Das Ganze ist spannender als ein Sensationsroman.

+

In einem bekannten französischen Bankhaus erscheint eines Tages ein elegant gekleideter Herr im Alter von etwa 35 Jahren, der den diensttuenden Beamten durch eine gewisse Unsicherheit und Fahrigkeit auffällt. Der Mann, der mit ausländischem Akzent ein gutes Französisch spricht, lässt seine unruhig stehenden Augen unablässig die Schalterfenster entlangwandern und verlangt dann schliesslich mit heiserer Stimme und in hastigem Tonfall das Einwechseln einer 50 Pfund-Note. Der Schalterbeamte stellt indes nach einigem Bemühen fest, dass es sich bei der eingelieferten 50 Pfund-Note um eine sehr geschickte Fälschung handelt. Herbeigerufene Kriminalpolizei nimmt den Mann fest, er entpuppt sich bei der Untersuchung als ein Pole namens Radziminski. Nachforschungen der Pariser Behörden ergeben, dass man einen guten Fang gemacht hat. Radziminski ist ein schwer vorbestrafter Falschgeldspezialist, der auch schon unter dem Namen Koval und Kalaskiewicz sein dunkles Handwerk getrieben hat. Nun beginnt man den Polen auszufragen, um seine Komplizen festzustellen. Nach drei Wochen Untersuchung verrät der Pole seinen "Meister", einen gewissen Louis Brower, von dem er mitteilt dass er der Verbindungsmann zwischen Berlin und Paris sei und das Falschgeld aus der deutschen Hauptstadt nach Paris durchschmuggele. Radziminski hat in seinen Papieren einen Brief, auf dem als Absender Louis Brower, Berlin, Augsburgerstrasse 36 angegeben ist. Das ist eine Deckadresse, denn Augsburgerstrasse 36 gibt es keinen Bewohner namens Brower. Der "Meister" hat ausserdem noch unter verschiedenen anderen Namen gearbeitet; im Besitz deutscher und englischer Pässe war er im Stande, sich mit raffinierter Geschicklichkeit jeder erwünschten Nationalität anzupassen. Er ist gebürtiger Russe, sein eigentlicher Name ist noch immer nicht festgestellt.

+

Eines abends sitzen in einem Cafe des Berliner Westens drei Männer zusammen, die der Polizei schon seit langem verdächtig sind und die man mit der Sterlings-Falschmünzer-Affäre in Verbindung bringt. Die drei stehen schon seit



Wochen unter der Beobachtung der Kriminalpolizei, sie selbst ahnen aber nichts und scheinen sich ungemein sicher zu fühlen. Als sich das Lokal etwas geleert hat, greifen die Polizisten zu. Die Verhafteten sind sehr bestürzt, leisten aber keinen Widerstand. Der eine wird schliesslich als der gesuchte und berühmteste "Brower" festgestellt. In seinem Besitz findet man verschiedene Notizen und Briefe, die darauf hindeuten scheinen, dass die Herstellung der falschen Sterling-Noten in Berlin geschehen ist. Irgendwelche sonstigen Beweise ausser der allerdings verdächtigen Tatsache, dass sich im Besitz der Verhafteten eine grössere Anzahl falscher Pfundnoten befanden, hat man nicht. Der Fall ist noch reichlich ungeklärt, man muss auch damit rechnen, dass Berlin nur Übergangsstation war. Vielleicht sind die Noten in einer der Städte des Ostens hergestellt worden. Die Bande bemüht sich, durch die Mitarbeit vieler Mittelpersonen alle Spuren zu verwischen.

Im Berliner Polizeipräsidium regiert Kriminalkommissar Liebermann von Sonnenburg, ein alter bewährter Fachmann, das Falschmünzerdezernat. Bei ihm ist augenblicklich Hochbetrieb, denn es laufen mehrere Fälle von Falschmünzerei im In- und Ausland, die sorgfältigster Untersuchung bedürfen.

Bei der Verfolgung dieser Falschmünzer ist man nun auf einen gewissen Feldmann gestossen, der der Polizei seit längerer Zeit als Spezialist für Falschgeldvertrieb bekannt ist. Feldmann hatte schon in Berlin für einige Tausend Mark falsches Geld vertrieben, als die Polizei zugriff. Indes, der Vogel war ausgeflogen und trotz eifriger Nachforschungen nicht aufzufinden. Dann gelangte aus Bukarest die Nachricht an die Berliner Polizei, dass Feldmann in einem dortigen Hotel Selbstmord verübt habe. Diese Meldung war eine Finte des Verbrechens, die er selbst lanciert hatte, um die Verfolger abzulenken. Bis jetzt steht nur fest, dass Feldmann mit falschem Pass und in Verkleidung nach Rumänien abgereist ist. Und hier und da wird sogar vermutet, dass Feldmann zu den leitenden "Persönlichkeiten" der Sterling-Falschmünzerbande gehört. Die polizeilichen Falschgeldspezialisten sind gespannter als je...

Hexenverbrennung in Amerika. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat Mrs. Burgess, die kürzlich vom Schwurgericht des Staates Michigan zum Tode verurteilt worden ist, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Mrs. Burgess hat zusammen mit ihrem Manne, der später Selbstmord beging, eine Nachbarin, die Witwe Fairschild, wegen ihres angeblichen "bösen Blickes" ermordet und verbrannt. Das Verbrechen spielte sich in einer kleinen Stadt des Staates Michigan, in Kalamazoo, ab. Als der Sohn des Ehepaares Burgess zufällig krank wurde, kam der Stadtklatsch auf die Vermutung, dass die Witwe Fairschild an der Krankheit schuld sei. Man hatte sie in Kalamazoo schon lange im Verdacht, dass irgend etwas bei ihr nicht mit rechten Dingen zugehe. Sie veranstaltete okkultistische Sitzungen, liess die Tische wackeln und sprechen und fromme Leute beschwören, aus ihrem Hause den Leibhaftigen zum Kamin herausfahren gesehen zu haben. Man mied die Nähe der "Hexe", ging ihr aus dem Wege und verabredete heimlich, ihrem Treiben ein Ende zu machen. Frau Fairschild bekam eine Einladung zum Essen bei ihren Nachbarn, sie kam der Einladung nichtsahnend nach. Seitdem hat man nichts mehr von ihr gesehen und gehört. Die Polizei schöpfte Verdacht, veranstaltete mehrere Haussuchungen und kam schliesslich auf dem Grundstück der Familie Burgess dem Verbrechen auf die Spur. In der Küche fand der Sheriff verdächtige Blutspuren, Nach und nach kam die Wahrheit ans Licht. In der Küche hatte die "Gerichtssitzung" stattgefunden, hier hatte man die arme Frau "zum Tode verurteilt", hier war sie ermordet und verbrannt worden. Das Ehepaar Burgess rechnete sich die bestialische Tat noch als besonderes Verdienst an, denn so betonte es, Frau Fairschild habe zahlreiche Menschen auf dem Gewissen und daher ihr Leben verwirkt. Die öffentliche Meinung d.h. die

Mehrzahl der bygotten Bewohner der Stadt Kalamazoo, nahm Partei für die Lörder und suchte sie auf alle mögliche Weise zu entlasten.

+ + +  
Autokatastrophe bei Berlin. Am Freitag nachmittag ereignete sich auf der Avus, der bekannten Berliner Autorennbahn, eine furchtbare Katastrophe. Ein grosser Cadillac-Wagen geriet beim Überholen eines anderen Autos ins Schleudern und machte einen regelrechten Saltosprung. Dem Chauffeur wurde durch die zersprungene Windschutzscheibe die Kehle zerschnitten, er verschied nach wenigen Minuten. Der Mitfahrer kam mit Hautabschürfungen davon. Nach den Angaben des Mitfahrers hatte der Wagen, als er ins Schleudern geriet, eine Stunden-geschwindigkeit von 138 Kilometern.

+ + +  
Pestkatastrophe bei den Pyramiden. In dem am Fuss der Gizeh-Pyramiden gelegenen Araberdorf Talbieh ist Beulenpest ausgebrochen; 35 Personen kamen bis jetzt ums Leben.

+ + +  
Rätsel um den Tod der Orska. Auf Antrag der Wiener Staatsanwaltschaft ist die Leiche der Schauspielerin Maria Orska beschlagnahmt worden; sie soll im gerichtsmmedizinischen Institut obduziert werden. Ferner sind polizeiliche Erhebungen angestellt worden, durch die genau festgestellt werden soll, wie die Künstlerin sich das zum Selbstmord ausreichende Quantum Veronal beschaffen konnte. Frau Orska waren von einem befreundeten Arzt zunächst fünf Gramm Veronal verschrieben worden. Nachdem Frau Orska sich diese fünf Gramm verschafft hatte, machte sie den Lieferungsstempel der Apotheke ungültig. Ein zweiter Apotheker lieferte abermals fünf Gramm Veronal, ohne dass er die Rezeptfälschung bemerkt haben will.

+ + +  
Elf Calmette-Opfer in Lübeck. Die Zahl der in Lübeck verstorbenen Säuglinge, die mit den antituberkulösen Calmette-Bazillen behandelt worden sind, hat sich auf elf erhöht, die Zahl der erkrankten Säuglinge, von denen ein Teil immer noch in Lebensgefahr schwebt, auf 28.

Das Pasteurinstitut in Paris veröffentlicht im "Matin" eine Erklärung, die für die Ursache der Lübecker Katastrophe zwei Möglichkeiten nennt. Es heisst da: "Entweder handelt es sich nicht um Tuberkulose, sondern um eine epidemische Krankheit unbekannter Natur und unbekanntem Ursprungs. In diesem Falle bestehen zwischen dem Lübecker Unglück und der angewandten Calmette-Methode keinerlei Beziehungen. Sollte es sich aber doch um Tuberkulose handeln, so müsste das ungefährliche BCG-Mittel mit Tuberkelbazillen vertauscht worden sein. Anlass zu dieser Vertauschung kann ein rein technischer Irrtum in der Behandlung der Kulturen sein oder aber eine verbrecherische Absicht. Vom Pasteur-Institut direkt kamen keinerlei Ampullen mit Impfstoff zum Versand, weil sie die Reise nicht vertragen haben würden. Die an das Lübecker Laboratorium abgegangene BCG-Kultur stammt vom September 1929."

In Düsseldorf war behauptet worden, dass der bekannte Kinderklinik-Geheimrat Schlossmann unter den von ihm behandelten Säuglingen das Calmett'sche Verfahren anwende. Dazu erklärt für den abwesenden Geheimrat Schlossmann Professor Eckstein, dass das Calmetteverfahren mehrere Jahre lang in Düsseldorf an Tieren erprobt worden wäre; die Tierversuche sollen gezeigt haben, dass in der vorliegenden Zusammensetzung das Calmette-Serum für Menschen niemals verwandt werden könne. Selbstverständlich seien auf Grund dieses Ergebnisses in Düsseldorf keine Calmette-Versuche an Menschen gemacht worden.

+ + +

## Schwarzkopf und Weisskopf.

Oder ein Deutschnationaler rettet seine Ehemannsehre.

SPD.Schöffengericht Berlin-Moabit.Nikolaus Schwarzkopf, der Beleidigung angeklagt, wird freigesprochen.

"Meine Herren Richter!" beginnt der Angeklagte, ein ebenso einfältiger, wie redseliger Mann, sein grosses Plädoyer, "ich bin deutschnational und ich bleibe es auch!" "Warum erzählen Sie uns das?" fragt der Vorsitzende. Und Schwarzkopf erklärt, dass er seine besondere Ehrenhaftigkeit habe betonen wollen. Ausserst ehrenhaft, ja. Aber in einem früheren Verfahren hat ihm der Paragraph 51 rettend zur Seite gestanden...

"Meine Herren Richter, ich bin sogar aussergewöhnlich national" fährt Schwarzkopf, - eigentlich müsste er Schwarzweissrotkopf heissen - fort. "Und wenn Weisskopf über mich verbreitet, dass ich meine Frau betrüge, dann ist das eben eine ganz gemeine Verleumdung. Und wenn ich mich dann hinreissen lasse, ihn einen Lügner zu nennen, und wenn er mich dann verklagt, aber sich garnicht bemüht, den Wahrheitsbeweis für meine ausserehelichen Seitensprünge zu erbringen, dann..."

Ganz kleinlaut sitzt Weisskopf in seiner Bank. Die Sache steht wirklich schlecht für ihn. Aber den anderen im Saal wird auch fast schlecht. Schwarzkopf redet alle halb tot.

"Meine Herren Richter, ich habe Ihnen schon erzählt, wie national ich bin. Das heisst, ich bin für die Reinheit. Und deshalb betrüge ich meine Frau niemals. Das hat mit meinen persönlichen Leidenschaften nichts zu tun, sondern das ist bei mir ein politisches Prinzip. Selbst wenn mich die Lust und Zeit ankommen würde, anderen Damen den Hof zu machen, würde ich mich beherrschen, Das Schild der deutschen Familienehre muss rein bleiben!"

Triumphierend sieht sich Schwarzkopf im Saale um. Es ist ihm, als ob er eine nationale Tat vollbracht hätte, von der alle (natürlich aus Prinzip gezeugten) Kinder und Kindeskinde noch singen werden. Mussolini im Westentschenformat.

"Ausserdem habe ich das nicht nötig, meine Frau zu betrügen, Da ist soweit noch alles in Ordnung. Die müsste sich der hohe Gerichtshof mal ansehen..."

Aber das Gericht kann sich zur Abhaltung eines Lokaltermins doch nicht entschliessen. Sondern unterstellt: Schwarzkopf war treu, und Weisskopf hat gelogen.

+ + +

Güterdiebstahl engros. Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete einen Polen Stefaniak und die Arbeiter Paul Mittelstädt, Richard Kern und Leo Zimmermann, sämtlich Mitglieder einer grossen Diebesbande, die ihr Handwerk auf Eisenbahnstrecken bei Berlin ausübte. Man kam der Bande dadurch auf die Spur, dass beobachtet wurde, wie mehrfach in der Nähe von Güterbahnhöfen Kisten und Säcke aus Zügen hinausgeworfen wurden. Stefaniak und Mittelstädt machten den Beginn der Raubfahrten auf Waggonpuffern oder unter Eisenbahnwagen mit und brachen dann unterwegs die zu beraubenden Waggon auf. Auf diese Weise erbeutete die Bande, als deren Führer Stefaniak anzusehen ist, allmählich Waren im Gesamtwert von etwa 300 000 Mark. Die Beute ist an bisher noch unbekannte Händler weiter verkauft worden.

# Deutscher Reichstag

165. Sitzung vom 16. Mai, 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats für 1930, beginnend mit dem Haushalt des Reichspräsidenten.

Abg. Beutling (Komm.) begründet kommunistische Anträge auf Streichung aller Aufwendungen für den Reichspräsidenten. Als der Redner von "schamlosen Massnahmen der Hermann Müller-Regierung" spricht, wird er vom Vizepräsidenten Esser zur Ordnung gerufen.

Ohne weitere Aussprache wird der Haushalt des Reichspräsidenten bewilligt.

Bei dem dann folgenden Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei beantragt

Abg. Rauch (Bayr. Vp.) die Streichung des Vermerks: "Künftig wegfallend", den der Haushaltsausschuss der Etatsposition "Reichsvertretung in München" beigelegt hat. Dieser K.w.-Vermerk bringe keine Ersparnisse, bedeute aber einen Nadelstich gegen Bayern und die Bayerische Volkspartei.

Abg. Torgler (Komm.) führt aus, die Reichsvertretung in München koste immerhin jährlich 55 000 Mark. Wenn eine Regierungspartei nicht einmal diese überflüssige Ausgabe streichen will, dann sei zu erwarten, dass das Ausgaben-senkungsgesetz nur Ersparnisse auf Kosten der Arbeiterschaft bringen werde. Die Aufwendungen für die Reichszentrale für Heimatdienst sollten gestrichen werden.

Die Abstimmungen wurden vorläufig zurückgestellt. Zum Haushalt des Reichsjustizministeriums haben die Kommunisten einen Misstrauensantrag gegen den Reichsjustizminister Dr. Brecht eingebracht.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.):

Eine grössere Stetigkeit in der Leitung des Reichsjustizministeriums wäre gewiss zu begrüssen, aber nicht etwa so, dass der wirtschaftsparteiliche Minister von heute länger im Amt bleibe. Das könnte von ungünstigem Einfluss auf die Justiz sein. Das Reichsgericht hat sowieso letzthin schon im wirtschaftsparteilichen Sinne entschieden, indem es nämlich entgegen dem preussischen Fluchtliniengesetz von 1875 Grundabtretungen bei der Fluchtlinienfestsetzung als entschädigungspflichtig erklärt; dabei hat das Reichsgericht das preussische Fluchtliniengesetz als der Reichsverfassung widersprechend erklärt, da diese das Eigentum schütze. In ständiger Rechtsprechung war früher das Fluchtliniengesetz als im Einklang mit der preussischen Verfassung von 1850 erklärt worden - jetzt auf einmal soll es dem sozialen Geist der Reichsverfassung zuwider laufen, der doch zweifellos weit stärker ist, als in der altpreussischen Verfassung. Die Reichsverfassung bestimmt doch, dass Eigentum verpflichtet, und dass es zum allgemeinen Besten zu verwenden ist. Dieses Reichsgerichtsurteil aber zwingt die Gemeinden zu ungeheuren Entschädigungszahlungen. Der Kläger in diesem Prozess verlangt von der Stadt Berlin 1,7 Millionen Mark Schadenersatz für ein kleines Stück seines Besitzes; dabei hat er für das ganze Grundstück in der Inflationszeit 20.000 Mark bezahlt! (Hört! Hört! links) Der Reichstag hat die Macht, dieses ausserordentlich gefährliche Urteil wieder gut zu machen, aber den moralischen Schaden, den ein solches Urteil an dem Vertrauen zur Justiz anrichtet, kann er nicht reparieren.

Das Reichsgericht geht rücksichtslos gegen Gesetze vor, die ihm nicht passen, schützt aber veraltete und überholte Gesetze, die ihm gefallen. Das Reichsgericht stellt sich über die Verfassung, indem es so vorgeht. Ein besonders kennzeichnender Fall ist der, wo das Reichsgericht zu entscheiden hatte, ob der Sohn aus der 1913 geschlossenen Ehe des damaligen Herzogs von Croy mit der jüngsten Tochter des amerikanischen Botschafters erberechtigt sei. Das Reichsgericht erklärte, die Mutter sei als Bürgerliche und als Bürgerin ei-

nes Landes, das den Adel abgeschafft hat, nicht ebenbürtig. (Lebh. Hört! Hört! links) und zwar könne man das unbedenklich erklären. Dabei schafft die Reichsverfassung alle Vorrechte des Adels und der Geburt ab. (Zurufe rechts: Fürstliches Privatrecht!) Mit der Revolution und der Republik ist ein fürstliches Privatrecht unvereinbar und kann daher nicht mehr bestehen. (Abg. Dr. Kahl (DVP): Die Reichsverfassung sagt kein Wort davon!) Aber man muss doch die Reichsverfassung nach dem Geist beurteilen, aus dem sie entstanden ist! (Sehr wahr! links)

Die Zahl der erfolgreichen Revisionen und Wiederaufnahmeanträge steigt von Jahr zu Jahr. Da wäre es die Aufgabe des Reichsjustizministers, die Rechtsprechung zu besonders sorgfältiger Prüfung der Frage anzuhalten, ob ein Angeklagter wirklich als überführt anzusehen ist. Das Reichsgericht hat aber durch eine Entscheidung den Gerichten gerade die entgegengesetzte Weisung gegeben! So kommt es dazu, dass ein Feldwebel, der den Befehl zum Schwimmen nicht befolgt, weil er krank war, wegen Gehorsamsverweigerung verurteilt wurde. Der Oberrechtsanwalt beantragte die Freisprechung, weil der Befehl nicht rechtmässig war, und auch einem Soldaten nicht zugemutet werden könne, ohne Not sein Leben zu gefährden. Das Reichsgericht aber verwarf die Revision mit der Begründung: Befehl ist Befehl! (Lebh. Hört! Hört! links) Das ist eine Militarisierung unserer Rechtsprechung wie in der Kaiserzeit.

In einem anderen Fall war eine Frau infolge Abtreibung gestorben. Die Frau, die die Adresse der "weisen Frau" gegeben hatte, ist bestraft worden. Dann wurde noch der Ehemann angeklagt, und zwar als Anstifter, weil er nicht alles getan hatte, um seine Frau davon abzuhalten. Es wurde festgestellt, dass er ihr abgeredet hat. Das Schöffengericht Halberstadt verurteilte ihn jedoch zu 9 Monaten Gefängnis und sagte in der Begründung u. a., energisches Verbot hätte zur Verhinderung der Abtreibung genügt. Ist ein solches Urteil vielleicht die Folge unserer Bemühungen, den § 218 abzuschaffen, oder ist es eine Folge, dass die Laien sich in der Rechtsprechung nicht genügend durchsetzen können? Wir sind stolz auf die Mitwirkung der Laien, aber sie ist an Zahl und Bedeutung ungenügender zurückgegangen, zum grössten Teil nach der Emminger'schen Verordnung von 1924. Während 1923 von Gerichten mit Laien noch 348 000 Urteile gefällt wurden, waren es 1926 nur noch 69 000. In der gleichen Zeit sind die Urteile ohne Beteiligung der Laien von 10.000 im Jahre 1923 auf 301.000 im Jahre 1926 gestiegen. (Hört Hört! links) - Abg. Dr. Pflieger (Bayr. Vp.): Diese Statistik ist falsch) Aber auch materiell ist der Einfluss der Laien in der Rechtsprechung erheblich zurückgegangen. Der Zwischenfall mit Herrn Marschner in Berlin zeigte, wie leicht - Irrtümer über die Stellungnahme des Schöffen möglich ist. Als ich einmal einen Richter fragte, was er tue, wenn er von den zwei Schöffen überstimmt werde, antwortete er: "Die zwei Schöffen möchte ich sehen, die mich überstimmen." (Heiterkeit) Unser früh verstorbener Kollege Dr. Levi hat im vorigen Jahr das Urteil des bayerischen obersten Landesgerichts mitgeteilt, das ein Landgerichtsurteil aufgehoben hat, in welchem das Abstimmungsverhältnis im Richterkollegium mitgeteilt war. Am 24. Oktober vorigen Jahres hat das Reichsgericht ein Landgerichtsurteil aufgehoben, das ganz klar den Unterschied zwischen der Meinung der Laien und der Gelehrten-Richter dargelegt hatte. Dieser Bruch des gesetzlichen Amtsgeheimnisses scheint jetzt Übung zu werden, um die Aufhebung solcher Urteile herbeizuführen, bei denen die Laien mit ihrem Standpunkt durchgedrungen sind. Im vorigen Jahr hat der damalige Justizminister v. Guérard diesen Richtertrick als seinem Rechtsempfinden nicht entsprechend gekennzeichnet. Wird Herr Bredt das auch heute tun? Mit der Demokratisierung der Rechtspflege ist dieses System nicht zu vereinbaren. (Sehr richtig! links)

Bei den Hochverratsprozessen erklärt das Reichsgericht die von niemand mehr ernst genommenen kommunistischen Agitationsphrasen als Vorbereitung zum Hochverrat; die viel aggressiveren Aktionen der Rechtsradikalen dagegen werden gar nicht beachtet. Unbekümmert um den Wandel der Zeiten hält das Reichsgericht

an seiner Auffassung von 1923 fest. Wir verlangen, dass dieser Rechtsprechung ein Ende gemacht wird, im Ausschuss hat der Minister einer Einschränkung des Hochverratsparagrafen zugestimmt. Das Reichsgericht wendet ihn aber geradezu automatisch an. Als Verteidiger in solchen Prozessen weiss man genau, dass oben die Anklage hineingeworfen wird, worauf unten die Verurteilung herauskommt. Ja, nicht selten weiss der Wachtmeister schon vor der Verhandlung, welche Tarifstufe im Strafmass angewendet werden wird. (Hört! Hört! links) Will der Reichstag es sich gefallen lassen, dass das Reichsgericht in einem Beschluss erklärt, die Wiedergabe einer einzelnen Reichstagsrede (des Abg. Thälmann) genieße nicht den Schutz des Artikels 30 der Reichsverfassung!? (Hört! Hört!) Das ist ein klarer Verfassungsbruch. In seiner Denkschrift über die schwarze Reichswehr berichtet Herr Mohraun, dass man Jungdo-Leuten im Fall der Eidesverletzung mit der Rechtsprechung des Reichsgerichtes gedroht hat. Ist es nicht tief beschämend, dass die Rechtsprechung des höchsten Gerichts als Druckmittel ungesetzlicher Organisationen benutzt werden konnte? Ist es da verwunderlich, dass der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff am 23. Dezember 1929 erklärte die Rechtsprechung des Reichsgerichtes entspreche nicht dem natürlichen Rechtsempfinden des Deutschen Volkes? (Lebh. Zustimmung links).

Ist es übrigens richtig, dass der Anwalt der Rechtsradikalen Dr. Grimm mit dem Reichsjustizministerium über eine Amnestie verhandelt? Wenn diese Amnestie etwa die Fememörder befreien, die Kommunisten aber im Gefängnis lassen wollte, so werden wir uns unsere Stellungnahme umso genauer überlegen, als schon die Anwendung der vorigen Amnestie in diesem Sinne gehandhabt wurde. Heute noch sitzen Leute im Zuchthaus, die von Kriegsgerichten verurteilt worden sind, und über ihre Begnadigung hat keine zivile Stelle, sondern nur das Reichswehrministerium mit zu entscheiden. Man bestreitet das Bestehen einer Klassenjustiz. Aber im Ausschuss sind genug Beweise für eine, wenn auch unbewusste Klassen- und Parteijustiz erbracht worden. In einem Fall, wo Anklage wegen Beschimpfung Rathenaus und der Republik erhoben war, erklärte der Reichsanwalt, es sei keine Beschimpfung im Sinne des Republikenschutzgesetzes, wenn Rathenau als Jude und Verräter bezeichnet wurde, denn Jude sei er gewesen, und für einen Verräter habe der Angeklagte ihn eben gehalten. Bei dem Ausdruck "Saurepublik" sei nicht klar erkennbar, ob die Republik oder der Reichstag gemeint sei. (Stürmisches Hört! Hört! links) Es kann das Vertrauen in die Justiz nicht stärken, wenn Herr Jorns, dem das Gericht Begünstigung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs bescheinigt hat, nur beurlaubt ist. Arbeitet er wirklich noch im Reichsgericht? Ihm müsste sogar das Betreten des Gebäudes verboten sein. Wenn gegen einen kleineren Beamten ein solches Urteil vorläge, wäre er längst seines Postens enthoben.

Das Reichsgericht besteht 50 Jahre. Eine Verjüngung ist dringend nötig. Die Altersgruppe von 68 Jahren für die Reichsgerichtsmitglieder ist viel zu hoch. Es wäre kein Schaden für die Justiz, wenn man die Entscheidungen der ersten 25 Jahre vernichten würde. Ein eiserner Besen sollte in Bewegung gesetzt werden. Die Hüter der Klassenauffassung, die kein Verständnis für die neue Zeit haben, können nur Schaden an der Rechtsprechung anrichten. Wir werden unermüdet arbeiten, um aus der Klassenjustiz eine Justiz zu machen, an der auch die Arbeiterschaft ihre Freude haben kann. (Lebhafter Beifall links)

Abg. Dr. Everling (Dnt.): Die Kompromisse der alten Koalition in der Strafrechtsreform darf die jetzige Regierung nicht einfach übernehmen. Vom Standpunkt der höheren Gerechtigkeit fordern wir Ausfüllung der Lücken der bisherigen Amnestien. Unser vierter Vorstoss dafür war der Antrag des Abg. Treviranus in der Youngdebatte auf eine grosszügige Amnestie zur Feier der Rheinlandräumung. Der Staat darf nicht Unschuldige, die er gebraucht hat, einerkern. Ministerpräsident Braun hat Mecklenburg beschimpft, das ganz zu Recht die sogenannten Fememörder freigelassen hat; Braun behauptete, Mecklen-

burg habe dadurch seine Existenzberechtigung in Frage gestellt. Braun sollte wissen, dass das Reichsgericht die nationale Gesinnung dieser pflichttreuen Männer bestätigt hat; sie haben dasselbe Recht auf Amnestie, wie die Linksradikalen, die mindestens ebensolche Straftaten verübt haben, wie Braun sie den "Fememördern" vorwirft, aber durch das Bielefelder Abkommen 1920 freigekommen sind. Wir fordern Aufhebung der Verbote des Stahlhelms, des Wehrwolfs, des Luisenbundes und der Bismarckjugend, die verboten sind auf Grund eines Gesetzes, das uns vom Ausland aufgezwungen wurde. Die Regierung der Frontsoldaten hat die Pflicht, dem Stahlhelm sein Recht gegen Preussen zu verschaffen. Dem kommunistischen Antrag auf Vorlegung einer Statistik der Verurteilungen nach dem Republikenschutzgesetz stimmen wir zu.

Reichsjustizminister Dr. Bredt:

Nach der einstimmigen Ablehnung der kleinen Justizreform war ich der Meinung, dass der Reichstag auf die Justizreform im Ganzen keinen besonderen Wert legt. Ich sehe, dass ich nicht getäuscht habe. (Sehr wahr!) Man muss aber erst wissen, nach welcher Richtung sich die grosse Justizreform erstrecken soll. Der Antrag auf Einsetzung einer Kommission für die grosse Justizreform klärt die Lage auch nicht, und ich bitte, den Antrag dem Rechtsausschuss zu überweisen. Die Aktienrechtsreform kann nicht mit Teilreformen begonnen werden, sondern muss das ganze Aktienrecht umgestalten. Das Urheberrecht soll in der Weise geändert werden, dass die 30jährige Schutzfrist wie bisher bestehen bleibt und sich dann eine 20jährige eingeschränkte Schutzfrist anschliesst, wo jedem der Nachdruck von Werken gestattet ist, aber nur nach Erwerb einer Lizenz. Mit der Erhöhung der Zinsen für die Aufwertungshypotheken soll der Anreiz geschaffen werden, die Hypotheken nicht zu kündigen. Ein Moratorium soll nur in Fällen besonderer Not eintreten. Die Entscheidung des Reichsgerichts über die Auslegung des Baufluchtliniengesetzes in der Frage der Freiflächenbeschaffung hat uns bereits zu der verlangten Initiative veranlasst. Das Baufluchtliniengesetz war ursprünglich zur Erleichterung des Strassenbaues bestimmt und lag infolgedessen auch im Interesse der Anlieger. Die Anlieger haben aber kein Interesse an der Freiflächenbeschaffung, da diese keine Wertsteigerung der Grundstücke bedeutet. Eine grundsätzliche Neuregelung wird vom Justizministerium vorbereitet. Abg. Rosenfeld hat bei der Kritik der Reichsgerichtsurteile in Fragen des Adelsgesetzes übersehen, dass der Preussische Justizminister eine Verfügung erlassen hat, dass die Bestimmungen des Adelsgesetzes vorläufig in Kraft bleiben. Die Stellung des Laienrichtertums wird durch das vom Abg. Rosenfeld kritisierte Reichsgerichtsurteil nicht zurückgedrängt. Es gibt Fälle, in denen das Interesse des Beklagten oder sogar das der Rechtsfindung eine Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses der Schöffensitzung verlangt. Der Antrag Treviranus auf Erlass einer Amnestie wird vom Rechtsausschuss beraten, vor dessen Entscheidung die Reichsregierung keinen Gesetzentwurf vorlegen kann. Mit Amnestien hat sich das deutsche Volk bisher etwas übernommen. Aber ich gebe Abg. Everling Recht, dass ein dicker Schlussstrich unter die Ereignisse bis 1924 gezogen werden muss. Gegenüber Ministerpräsident Braun erkläre ich, dass die ganze Amnestie anlässlich der Rheinlandräumung nur dann einen Zweck hat, wenn die Fememörder auch freigelassen werden, (Sehr wahr! rechts.- Hört! Hört! links) sonst bekommen wir keine Ruhe. Die vom Abg. Rosenfeld erwähnte Besprechung mit dem Anwalt der Fememörder Grimm bestand darin, dass dieser mir seine Denkschrift vortragen wollte, und als ich ihm erklärte, dass ich sie bereits gelesen habe, gab er sich zufrieden. Weiter habe ich nie etwas mit ihm zu tun gehabt. Abg. Rosenfeld hat Unrecht, das Begnadigungsrecht für die Fememörder nur der preussischen Zuständigkeit zuzugestehen. Das Begnadigungsrecht des Reichspräsidenten in Hoch- und Landesverratsachen ist völlig frei, nur muss der Reichsjustizminister, der der parlamentarischen Kontrolle untersteht, die Begnadigung gegenzeichnen. Bei der Ablehnung von Begnadigungsgesuchen ist der

Reichspräsident aber auch nicht von der Gegenzeichnung des Justizministers abhängig, und so ist es unmöglich, in der Entscheidung über solche Fälle einen parlamentarischen Ausschuss einzuschalten.

Reichsgerichtsrat Jorns hat nach seiner Beurlaubung keinerlei Arbeit mehr im Reichsgericht geleistet. Es mag sein, dass er sein Amtszimmer aus privaten Gründen noch mehrere Male betreten hat. (Abg. Alexander (Kom.): Wozu denn?) Ich versichere dem Abg. Alexander auf das Bestimmteste, dass er nicht mehr im Reichsgericht tätig ist. Die Art der Kritik des Abg. Rosenfeld an den Reichsgerichtsurteilen kann ich nicht unwidersprochen hinnehmen. Die Richter sollen von Klassenvorurteilen befangen sein. Demgegenüber stelle ich fest, dass ohne das Reichsgericht die Ueberleitung des alten Rechts, das nach der Reichsverfassung erhalten bleiben soll, in die neuen Rechtszustände nach der Staatsumwälzung nie gelungen wäre. Bei der Auslegung der Grundrechte der Weimarer Verfassung hat das Reichsgericht sich hohes wissenschaftliches Lob erworben. Es ist mit dem Justizministerium zusammen bemüht, das alte Recht kontinuierlich dem neuen Rechtsbewusstsein des Volkes anzupassen. (Bravo! bei den Regierungsparteien).

Abg. Bell (Ztr.): Wir erkennen die Arbeit des Reichsjustizministers an. Aber er hat die Stimmung des Reichstags und der Regierungsparteien gründlich missverstanden, wenn er aus der einstimmigen gestrigen Ablehnung der "kleinen Scheinjustizreform" geschlossen hat, dass gar keine Justizreform gewünscht wird. Strafrechtsreform, Einführungsgesetz, neuer Straf- und Zivilprozess, Reform des Eherechts und der Anwaltsordnung müssen gemacht werden, was freilich in diesem Reichstag nicht mehr erledigt werden kann, aber grössere Teilnahme des Volkes und auch des Reichstages verlangt.

Abg. Dr. Alexander (Kom.): Die Minister wechseln, aber es bleibt der reaktionäre Staatssekretär Joel und mit ihm Herr Jorns. Ein Berichterstatter, der sich das Reichsgerichtsgebäude ansah und in das Zimmer des Herrn Jorns kam, klopfte an, trat ein und fand Herrn Jorns arbeitend vor. 21 Zersetzungsprozesse wurden vom Reichsgericht wegen Verbreitung von Flugblättern geführt, die nur gesetzlich zulässige Forderungen enthielten. Eine theoretische Auseinandersetzung über den Krieg wurde unter Anklage gestellt. Zehn Arbeiter, die auf einer Wanderung graue Kittel im Rucksack mitgeführt haben, wurden wegen Fortsetzung des verbotenen roten Frontkämpferbundes zu je 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Wir lehnen das Ueberleitungsgesetz zur reaktionären Strafrechtsreform ab. Eine Amnestie für Fememörder, die die Opfer der reichsgerichtlichen Rechtsbrüche nicht befreit, lehnen wir ab. Der Redner begründet Anträge, die u.a. die Reichsversicherungsordnung auf die Strafgefangenen ausdehnen wolle. - Weiterberatung Sonnabend 10 Uhr.

---





## Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn.

### Vorläufiges Wahlergebnis.

SPD. Das vorläufige Gesamtergebnis der Wahlen zum Hauptbetriebsrat bei der Deutschen Reichsbahn liegt nun vor. Es haben an Stimmen erhalten: der freigewerkschaftliche Einheitsverband der Eisenbahner 205 665, die christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (GDE) 50 686, der Hirsch-Dunckersche Allgemeine Eisenbahnerverband (AEV) 21 721, die kommunistische Opposition 21 523.

Der Einheitsverband hat sich aller gehässigen Angriffe seiner Gegner zum Trotz sehr gut gehalten. Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich gegenüber den Vorjahren um etwa 30 bis 40 000 verringert. Durch den Ausfall der Zeitarbeiter und durch Massenentlassungen gingen dem Einheitsverband ca 20 000 Wähler verloren. Trotzdem steht er mit rund 205 000 Stimmen weitaus an der Spitze. Die christliche Gewerkschaft hat nur knapp ein Viertel und die beiden anderen Gegner haben nur je ein Zehntel der Stimmen des Einheitsverbandes erhalten.

Der Einheitsverband hat diesen grossen Erfolg trotz der Ungunst der Verhältnisse und trotz eines von den Gegnern mit besonderer Gehässigkeit und Verleumdungen geführten Wahlkampfes erzielt. Er, der von seinen Gegnern für alle Nachteile der letzten Jahre verantwortlich gemacht wurde, hat den Ansturm auf seine Position glänzend zurückgeschlagen. Der diesjährige Wahlkampf zeitigte ganz besondere Blüten. So hat der kommunistische "Klassenkampf" in Halle am 10. Mai an der Spitze einer Nummer von der mehrere Seiten der Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn gewidmet waren, die Behauptung aufgestellt, der Vorstand des Einheitsverbandes habe 500 000 Mark zur Bekämpfung der Opposition bei der Betriebsrätewahl zur Verfügung gestellt. Trotzdem die KPD-Zentrale den ganzen Parteiapparat und die kommunistische Presse für die Betriebsrätewahlen in den Dienst gestellt hat, ist der erhoffte Erfolg ausgeblieben. Im Gegenteil, die "Opposition" hat an verschiedenen Stellen empfindliche Verluste erlitten. So verliert sie beispielsweise in der früheren Hochburg Königsberg einen Sitz im Bezirksbetriebsrat, während der Einheitsverband Stimmen gewonnen hat. Ausserdem hat die Opposition in den Bezirken Berlin, Erfurt und Halle grosse Verluste aufzuweisen, denen nur geringfügige Gewinne an anderen Stellen gegenüberstehen.

Der Hirsch-Dunckersche Verband hat unter Aufbietung aller Mittel demagogischer Stimmungsmache und durch unwahre Behauptungen versucht, dem Einheitsverband Wähler abzujagen. Schauerermärchen aller Art wurden über den Einheitsverband und seine Funktionäre verbreitet. Er sollte an allen Übeln der Gegenwart schuld sein und die Entlassungen der älteren Arbeiter gefördert haben. Es nutzte jedoch alles nichts. Auch der AEV hat in verschiedenen Bezirken Stimmen stark eingebüsst. Ebenso hat die christliche Gewerkschaft im Rheinland und in Süddeutschland, ganz besonders in Bayern mit unwahren Behauptungen gearbeitet. Trotzdem hat sie in Bayern zwei Bezirksmandate eingebüsst, während der Einheitsverband nicht nur seine Position behaupten, sondern auch im Bezirk Regensburg die Mehrheit im Bezirksbetriebsrat erobern konnte.

Alle Zweckklügen haben nichts genutzt. Der Einheitsverband hat seine Gegner, wie in den Vorjahren, weit hinter sich gelassen. Das Wahlergebnis zeigt,

dass die grosse Mehrheit der Eisenbahner fest zum Einheitsverband steht. Die Eisenbahner wissen, dass sich der Einheitsverband im Kampfe mit der Reichsbahngesellschaft bewährt hat, sie wissen auch, dass nur durch Zusammenfassung aller Kräfte weitere Erfolge erzielt und Verschlechterungen abgewehrt werden können.

SPD. Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner nahm in seiner Sitzung am 16. Mai 1930 in Berlin u. a. auch zu der gegenwärtigen schwierigen Lage des Reichsbahnpersonals Stellung. Er hält es für notwendig, jegliche Überzeitarbeit im Reichsbahnbetrieb zu beseitigen, wenn dem ständigen Abbau Einhalt geboten werden soll. In erster Linie müsse für die einzelnen Bedienstetengruppen eine Arbeitszeitregelung erfolgen, wie sie dem neuen Reichsbahngesetz entspreche. Der Vorstand wandte sich ferner ganz entschieden gegen die Bestrebungen der Reichsbahnverwaltung, die im Arbeitsverhältnis stehenden Beamtenanwärter zukünftig von der Überführung ins Beamtenverhältnis grösstenteils auszuschliessen. Er erblickt darin einen weiteren Versuch der Verwaltung, das Beamtenverhältnis in den unteren Gruppen nach und nach zu beseitigen.

Der Vorstand billigte die von seiner Geschäftsführung bereits getroffenen Abwehrmassnahmen. Er wird nichts unterlassen, um die Interessen der Mitglieder tatkräftig zu wahren.

SPD. Der Vorstoss der christlich-nationalen Angestelltenverbände gegen die Personalpolitik des preussischen Statistischen Landesamtes ist missglückt. Infolge der allgemeinen Sparmassnahmen und vor allem mit Rücksicht auf die Verschiebung der alle fünf Jahre fälligen Volks-, Berufs- und Betriebszählung auf das nächste Jahr mussten beim Landesamt bereits im April 140 Angestellte ausscheiden; 60 Angestellte gehen zum 1. Juni, weitere 40 kommen später zur Entlassung. Die christlichen Gewerkschaften hatten behauptet, dass schon lange vor der Durchführung des Abbaus geheime Listen über die Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit der Angestellten angefertigt worden seien, auf Grund dieser Listen habe man für den Abbau in der Hauptsache christlich-nationale Angestellte ausgesucht. Diese Behauptung brach vor dem Gericht völlig zusammen. Obwohl von den Klägern bei dem Betriebsrat nicht einmal die Genehmigung zur Klage wegen Entlassung aus politischen Gründen nachgesucht, sondern lediglich der übliche Einwand der unbilligen Härte erhoben worden war, dem der Betriebsrat in der Regel stattgibt, verhandelte das Gericht ausführlich und eingehend über die Beschuldigungen der Kläger.

Was stellte sich heraus? Die zwei massgebenden Regierungsdirektoren hatten in dem Augenblick der Fertigstellung der von ihnen zu verantwortenden Abbauvorschläge von der Zugehörigkeit des einen der beiden Kläger zum christlichen Angestelltenverband überhaupt keine Ahnung. Das Gericht stellte fest, dass bei der Entlassung der beiden Kläger die politische Gesinnung absolut keine Rolle gespielt hatte. Im übrigen wurden die beiden Klagen auch deshalb abgewiesen, weil weder im Hinblick auf die sehr mässigen Leistungen der Kläger eine unbillige Härte vorlag, noch andere Angestellte vorhanden waren, die nach ihrer Dienstzeit oder nach ihrer sozialen Lage für den Abbau mehr geeignet gewesen wären.



## Das Ostprogramm.

SPD. Die Reichsregierung hat am Donnerstag, so behauptet sie wenigstens in einem Kommuniqué, in einer 3½-stündigen Sitzung, an der auch Vertreter des preussischen Staatsministeriums, der Reichsbank, der Preussenkasse und der Rentenbankkreditanstalt teilnahmen, endlich eine Einigung über das Ostprogramm erzielt. Die Einzelheiten des Programms sind der Öffentlichkeit bis jetzt noch nicht mitgeteilt worden; anscheinend ist eine Verständigung, auch mit der preussischen Regierung, dahin erzielt worden, dass Preussen und das Reich für die ostdeutsche Umschuldungsaktion Bürgschaften in Höhe von je 550 Millionen Mark übernehmen. Für Lastensenkung und Ausbau des Verkehrswesens sollen ausserdem in den nächsten 5 Jahren jährlich über 100 Millionen Mark in den Reichsetat eingestellt werden. Wahrscheinlich wird für 1930 der Etat über die in ihm bereits vorgesehenen 50 Millionen Mark hinaus nicht belastet werden. Die übersteigenden Kosten des Ostprogramms will man anderen Fonds, insbesondere wohl dem Industriefond (Aufbringungssteuer und Reserven der Bank für Industrieobligationen) entnehmen. Man gewinnt auch den Eindruck, dass durch das Eingreifen Preussens der Reichsernährungsminister Schiele gezwungen war, Wasser in seinen Wein zu mischen. Schiele verfolgte hartnäckig das Ziel, unter dem Deckmantel der Besitzerhaltung ausschliesslich den ostelbischen Grossgrundbesitz zu subventionieren. Auf Betreiben Preussens hin scheint sich der Schwerpunkt des Programms mehr in Richtung einer wirtschaftlichen Gesundung der ostdeutschen Landwirtschaft verschieben zu wollen.

Das wesentliche am Ostprogramm ist nicht die finanzielle Aufwendung, sondern die Frage, wie die öffentlichen Mittel verwandt werden sollen. Das für den deutschen Osten etwas Durchgreifendes geschehen muss, versteht sich von selbst. Auch das Kabinett Hermann Müller hat sich ja wiederholt ernstlich mit dem Problem der Gesundung der deutschen Landwirtschaft im Osten beschäftigt. Wir sind nun der Meinung, dass der finanzielle Rahmen des Ostprogramms - nach den vorliegenden Nachrichten 500 Millionen Mark öffentliche Aufwendungen und 1 Milliarde Mark Bürgschaftsübernahme - bereits überspannt ist. Derart hohe Summen sind für die Lösung des Ostprogramms nicht erforderlich, wobei wir allerdings voraussetzen, dass die Ostsubventionsmethoden der ersten Schiele'schen Ostpreussenhilfe im Jahre 1928 endgültig aufgegeben und die vorhandenen Mittel einer produktiven und wirtschaftlich vernünftigen Verwendung zugeführt werden. Geschieht das nicht, dann sind selbst die jetzt in Aussicht genommenen ungeheuren Mittel nicht gross genug, um den ostelbischen Krisenherd zu heilen; denn das Subventionsfass hat bekanntlich keinen Boden. In diesem Sinne ist entscheidend, welche Ministerien im Reich oder in Preussen mit der Durchführung des Ostprogramms beauftragt werden. Von agrarischer Seite wurde wiederholt die Umwandlung des Ministeriums für die besetzten Gebiete in ein Ostministerium unter dem Reichsminister Treviranus verlangt. Ausserdem wurde die Schaffung einer Ablösungsbank für die ostelbische Umschuldung gefordert. Gibt man diesen Wünschen nach, dann schafft man einmal eine sinnlose Ueberorganisation; des anderen würde mit einem Ostministerium und mit einer Ablösungsbank, die man sich als Tochterbank der agrarisch beherrschten Rentenbankkreditanstalt denkt, die Machtposition derjenigen Kreise gestärkt, die die Osthilfe als nackte Subventionen für den Grossgrundbesitz

aufziehen wollen. Ein neuer Bankapparat, der, entgegen allen Behauptungen von agrarischer Seite, nicht die Möglichkeit hätte, jeden einzelnen ostelbischen Grossbetrieb auf seine Sanierungsfähigkeit und Sanierungswürdigkeit hin zu prüfen, würde, wie die Schiele'sche Ostaktion im Jahre 1928, zu ungeheuren Verlusten und Schiebereien übelster Art bei der Umschuldung führen.

Soll die Ostaktion nicht sinn- und wirkungslos unter ungeheurer Belastung der Allgemeinheit verpuffen, dann muss vor allem die geplante Ueberorganisation, deren politischer Charakter nicht zu verkennen ist, vermieden werden. Die Möglichkeit dazu ist vorhanden. Die Preussenkasse hat sich im Laufe der letzten Jahre einen ausgezeichnet eingespielten Apparat mit einem Stamm von geschulten unparteiischen Landwirten aus dem Osten zur Kontrolle der ostelbischen landwirtschaftlichen Betriebe geschaffen. So kann in jedem einzelnen Fall die Frage der Sanierungsfähigkeit und Sanierungswürdigkeit schnell und sicher geklärt werden. Es ist ganz selbstverständlich und entspricht nur dem Sinn der geplanten Hilfsaktion, wenn man auf diesen Apparat der Preussenkasse zurückgreift und ihn in die bevorstehende Umschuldungsaktion einschaltet. Es gibt genügend Betriebe im Osten, die innerlich gesund sind, die aber unter einer zu hohen Verschuldung leiden. Hier kann und muss ein privater Vergleich zwischen Gläubigern und Schuldnern erstrebt werden. Dieser Vergleich dürfte wohl in der Mehrzahl der Fälle Rettung der Betriebe bedeuten. Die Entscheidung aber, welche Betriebe hierfür in Frage kommen, muss von einer unparteiischen Stelle ausgehen und nicht von Kommissionen und Kommissionchen, die Rücksichten und nicht zuletzt politische Rücksichten zu nehmen haben und, wie die Ostpreussenaktionen bewiesen haben, auch nehmen werden.

Die Umschuldung darf nur die obenerwähnten, an der Grenze der Krise stehenden aber innerlich gesunden Betriebe erfassen, nicht jedoch solche, die durch eine Regelung der Schuldverhältnisse im Rahmen des Möglichen nicht mehr gehalten werden können. Diese sind unbedingt zu liquidieren und entweder für Siedlungszwecke zu verwenden, oder, soweit sie auf besonders leichten Böden liegen, der Aufforstung zuzuführen. Eine Bedrohung der landwirtschaftlichen Produktion bedeutet diese Aufforstung in keiner Weise, da es sich dabei nicht mal um ganz 1 % der deutschen landwirtschaftlichen Nutzfläche handelt. Die auf die Sentimentalität der Öffentlichkeit eingestellten Alarmrufe des Landbundes, seine fortwährenden Klagen, die deutsche landwirtschaftliche Produktion würde bedroht, wenn ein Teil der Fläche zur Aufforstung gelange, sind nur eins der vielen Mittel, um die geforderten Subventionen für den Grossgrundbesitz besser durchzusetzen.

Zu der beabsichtigten Verwendung des Industriefonds für die Ostaktion hat auch der Reichsverband der Deutschen Industrie Stellung genommen. Er fordert einen Abbau der noch auf der Dawesregelung beruhenden Industriebelastung von 300 Millionen auf 200 Millionen Mark im Jahre 1931. In den folgenden Jahren soll sich die Belastung dann um jährlich 40 Millionen Mark vermindern. Auch will der Reichsverband, dass die Mittel nur zu 60 % für die Umschuldung der Landwirtschaft im deutschen Osten zur Verfügung gestellt werden. Die restlichen 40 % sollen zum Wiederaufbau des Realkredits der mittleren und kleinen Industrie Verwendung finden. Der Plan des Reichsverbandes der Deutschen Industrie läuft darauf hinaus, ein Zweckvermögen zu bilden, dessen Zinsen und Rückflüsse immer wieder denselben Aufgaben dienen. Dieser Fond würde insgesamt in 5 Jahren 600 Millionen Mark ausmachen. Diesen Forderungen gegenüber muss mit aller Deutlichkeit betont werden, dass die Industrie nicht das geringste Recht auf Senkung und eigene Verfügung über die Industriebelastung hat. Die Industriebelastung ist eine Steuer wie jede andere Steuer. Zu entscheiden darüber hat der Reichstag.

---

SPD. Die Klagen der Bauernschaft über die verheerenden Wirkungen der Ausführprämien und des Futtergerstenzolls mehren sich. In den landwirtschaftlichen Blättern wird heftig gegen die neuen Massnahmen der Regierung Sturm gelaufen. So schreibt ein landwirtschaftliches Fachblatt ("Hansablum") u.a. folgendes:

"Auch Gerste litt unter der allgemeinen Lustlosigkeit im Getreidehandel, besonders aber unter dem verderblichen Einfluss des hohen Zolles. Die durch den Zoll so unsinnig verteuerte Gerste hat die Schweinemast unrentabel gemacht und zwingt die Landwirte und Mäster, ihre Schweine, ob reif oder unreif, in grossen Massen an den Markt zu bringen. Eine Neuauffüllung der Ställe unterbleibt fast allenthalben, weil unter dem Einfluss der Einfuhrscheine die Ferkel von holländischen und dänischen Mästern in grossen Mengen aufgekauft werden, zu Preisen, die der hiesige Landwirt und Mäster nicht zahlen kann. Die Massnahmen eines deutschen Ernährungsministeriums bewirken daher, dass die holländischen und dänischen Mäster mit Hilfe der Reichsfinanzkasse auf dem Wege über die Einfuhrscheine billige deutsche Ferkel kaufen können und diese ausländischen Konkurrenten unserer deutschen Landwirtschaft infolge des zollfreien Futtergetreides (Gerste und Mais) so billig Schweine mästen können, dass sie sobald die Schweine schlachtreif sind, solche viel billiger und mit besserem Nutzen nach Deutschland liefern können, als der deutsche Landwirt; denn der Zoll der Schweine beträgt im Verhältnis nur ungefähr 30 % des Gerstenzolls. Hoffentlich entdeckt man im Ernährungsministerium den verderblichen Zusammenhang dieser Dinge noch rechtzeitig genug, um einen völligen Zusammenbruch der nordwestdeutschen Viehwirtschaft vermeiden zu können."

Das sind also die Wirkungen des Futtergerstenzolls und des Einfuhrscheines! Zuerst wurden die Futtermittel der nordwestdeutschen Landwirtschaft durch einen Zoll, der höher ist als der Weltmarktpreis für Futtergerste, verteuert, dass selbst bei verhältnismässig günstigen Schweinepreisen die Mast keine Gewinne mehr abwirft und bei den zu erwartenden sinkenden Schweinepreisen ein Verlustgeschäft wird. Ein Chaos in Nordwestdeutschland, ein Abschachten der Ferkel und Schweine in jedem Alter ist die Folge dieser unsinnigen Politik. Aber nicht nur die gegenwärtige Schweineproduktion wird hierdurch betroffen, sondern durch die Gewährung ausserordentlich hoher Exportprämien für Schweine und für Ferkel wird eine zwangsweise Verschleuderung der Ferkel ins Ausland bewirkt. Denn wenn die dänischen und holländischen Landwirte 4,50 Mark für Futtergerste pro Zentner bezahlen müssen und ausserdem auf Kosten des Deutschen Reichs ihre Ferkel halb geschenkt bekommen, dann können sie noch bei einem Schweinepreis von 35 - 40 Mark mit Gewinn Schweine produzieren, während in Deutschland die Grenze der Rentabilität ungefähr zwischen 60 und 65 Mark liegt.

Das einzige Mittel, um diesen Ausverkauf der deutschen Ferkel zu verhindern, ist die Aufhebung der Einfuhrscheine für Ferkel. Ausserdem ist dringend notwendig, nunmehr endlich die Herabsetzung des Futtergerstenzolls bei gleichzeitiger Roggenbezugsverpflichtung, wie sie von der sozialdemokratischen Fraktion und auch von der deutschen Bauernschaft im Reichstag wiederholt verlangt worden ist, durchzuführen. Während jetzt der deutsche Bauer für seine Futtergerste rund 10 Mark pro Zentner bezahlt, wird er sie dann zwar nicht, wie der ausländische Mäster, für 4,50 Mark, wohl aber für 7 Mark beziehen können. Ausserdem wird der Absatz für Roggen durch diese Massnahme verbessert.

SPD. Dem Siemenskonzern ist die Konzession für die Modernisierung der Ortsfernsprechbetriebe in Griechenland übertragen worden. In der Kapitalaufbringung teilen sich deutsche, griechische und schwedische Gruppen. Der schwedische Kapitalgeber ist die Firma Telefonaktiebolaget L.M. Ericsson, die von dem Siemenskonzern auch an den Lieferungen, die für die griechische Ortstelefonkonzession erforderlich werden, beteiligt wird.

## Börsenbericht

für die Woche vom 12. bis 17. Mai.

SPD. Berlin, den 17. Mai. (Eig. Ber.)

Die abgelaufene Börsenwoche zeigte das typische Bild. Weder am Rentenmarkt, der noch in der Vorwoche eine grosse Rolle spielte, noch an den Aktienmärkten kam eine entscheidende Bewegung in Gang. Es flackerte zwar hin und wieder an dem einen oder anderen Marktgebiet mal auf, aber überall war genügend Angebot vorhanden, um stärkere Kurssteigerungen zu verhindern. So ist der Gewinn- und Verlustsaldo der zweiten Maiwoche ziemlich ausgeglichen.

Eine für die augenblickliche Situation typische Entwicklung hatte der Schiffahrtsmarkt aufzuweisen. Die bevorstehende Freigabe der in Amerika beschlagnahmten Vermögen der Schiffahrtsgesellschaften, immerhin Hundertmillionenbeträge, lockte eine ganze Menge von Käufern an, zumal die Meinung besteht, dass sowohl die Hapag wie der Norddeutsche Lloyd ihre Aktionäre an dieser Freigabe teilnehmen lassen werden. Aber dieser Nachfrage stand gleichzeitig ein solches Angebot gegenüber, dass die Kurse mit etwa 116 zu 116,5 % fast unverändert blieben.

Weit besser wirkten die gleichen Hoffnungen auf baldige Freigabe der Amerikaguthaben bei der Chemischen Fabrik von Heyden, deren Kurs von 52,5 auf 58 %, also um ca. 10 % des ausmachenden Wertes, angezogen hat. Aber alle anderen chemischen Papiere blieben davon unberührt, so betrug die Steigerung bei I.G. Farben nur etwa 2 Punkte (von 182,75 auf 185 %). Auch der Elektromarkt lag ziemlich geschäftslos. Siemens gaben sogar etwas nach, nämlich von 246,5 auf etwa 243,5 %, und selbst die international gehandelten Chadeaktien waren mit 347 nach 348 Mark pro Stück nur kaum verändert.

Auch die Kupferaktien sind nun einigermaßen zur Ruhe gekommen, nachdem die jüngsten Preisbesserungen für Kupfer sie die tiefsten Kurse überwinden liessen. Mannsfeld gingen von 76,75 % bis auf 81,75 %, waren dann aber wieder mit 78 % nicht unbeträchtlich niedriger. Otavi stiegen von 52 auf 54,5 %, mussten dann jedoch auch 52,5 zurückgehen. Eine aussergewöhnliche Entwicklung schlugen Hirsch Kupfer ein. Trotz der Dividendenkürzung stiegen sie in schneller Folge von 132 bis auf 150 %, bis sie plötzlich umschlugen und nicht weniger rasch wieder bis auf 137,5 % zurückfielen.

Auch Montanpapiere erfreuten sich in keiner Weise der Gunst der Börse. An manchen Tagen fanden so gut wie gar keine Umsätze statt. Nicht einmal der glänzende Abschluss von Mannesmann konnte auf den Mannesmannkurs einen nennenswerten Antrieb ausüben; denn er stieg nur von 105,75 auf 106,5 %. Vereinigte Stahlwerke lagen mit 97 nach 97,5 % sogar eine Kleinigkeit niedriger. Ähnlich waren die übrigen Bewegungen an diesem Markt.

Selbst Kaliaktien finden nicht mehr das Interesse der Spekulation, nachdem sie noch zum Schluss der Vorwoche Mittelpunkt der Börse waren. Salzdetfurth fielen von 402 langsam bis 396,5 %, Westregeln gaben von 230 auf 225,5 % nach und Kaliwerke Aschersleben von 225,75 auf 223 %.

Dafür entwickelte sich etwas lebhafteres Geschäft in Kunstseidepapieren, obwohl die Glanzstoffabriken mit einem grossen Verlustabschluss zum Zwecke einer Bereinigung ihres Beteiligungskontos herauskommen. Aber bei der Aku erwartet man 6% Dividende und deshalb ging der Kurs, der von 114,25 auf 106 % gefallen war, wieder bis 111 % herauf. Bemberg sanken von 134,75 auf 129 % und waren dann wieder 130 %.

In Spriaktien erfolgten einige nicht unbeträchtliche Käufe. Ostwerke gingen von 259,5 auf 264,5 % und Schulheiss von 302,5 auf 308 %, da man einen Umtausch der Ostwerksaktien in Schultheissaktien erwartet. Diese Transaktion erscheint nicht ausgeschlossen, weshalb schon jetzt die eingeweihten Kreise verkaufen. Alle anderen Märkte der Börse waren völlig geschäftslos.

## Weiter Stützungskäufe.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Mai.)

SPD. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf den Weizen. Dieser war recht knapp angeboten und da sich bessere Nachfrage geltend machte, konnte sich die Tendenz merklich befestigen. Am Markte der Zeitgeschäfte wie auch im Handel mit effektiver Ware gingen die Kurse um 2 bis 3 Mark in die Höhe. Auf Grund der letzten Stützungskäufe war das Angebot an Roggen reichlicher geworden, sodass die stützenden Stellen wieder am Zeitmarkt wie auch im Handel mit effektiver Ware eingreifen mussten, um den Preis zu halten. Am Mehlmarkt zeigte sich wenig Bewegung. Weizenmehl war nicht stärker gefragt, jedoch hatten die Mühlen vielfach angesichts der steigenden Weizenpreise auch ihre Forderungen für Mehl erhöht. Roggenmehl war nur in den billigsten Sorten gefragt. Sonst war der Markt im allgemeinen ruhig und die Preislage unverändert. Hafer hatte etwas freundlichere Stimmung, da sich einiger Bedarf für den Export bemerkbar machte. Während die Preise im Inland unverändert blieben, konnten sich die Exportpreise leicht erhöhen.

	<u>15. Mai</u>	<u>16. Mai.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	282 - 284	286 - 288
Roggen	162 - 170	164 - 172
Braugerste	190 - 202	190 - 202
Futter- und Industriegerste	172 - 185	170 - 184
Hafer	151 - 160	151 - 160
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	31,25-39,75	31,25-39,75
Roggenmehl	23,00-25,75	22,75-25,50
Weizenkleie	9,00-9,50	8,75-9,25
Roggenkleie	9,25-10,00	9,00-9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 296 $\frac{1}{2}$  (Vortag: 294), Juli 301 plus Brief (298), September 268 $\frac{1}{2}$ -268 $\frac{1}{2}$  Geld (267 $\frac{1}{2}$ ), Roggen Mai 178 plus Geld (177), Juli 182 $\frac{1}{2}$ -183 Geld (183), September 183 $\frac{1}{2}$  (183 $\frac{1}{2}$ ), Hafer Mai 164 $\frac{1}{2}$ -165.

## Berliner Viehmarkt.

SPD. Der Rinder- und der Kälbermarkt litten unter dem schlechten Fleischgeschäft. Der Auftrieb war auch durchaus genügend, sodass die Käufer Preisermäßigungen durchsetzen konnten. Im Preise zogen nur junge vollfleischige Kühe an, für die Nachfrage vorhanden war, Auf dem Schweinemarkt war glattes Geschäft bei anziehenden Preisen. An sich hätte die Beschickung grösser sein können. Weiter nahm der Export, wohl auf Grund der erhöhten Exportprämie, loco Tiere aus dem Markt, die in Berlin geschlachtet und nach dem Ausland verschickt werden sollen.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:  
Kühe: a) 43-48 (voriger Markt 42-46), b) 36-40 (36-40), c) 28-33 (28-33), d) 22-26 (22-26)  
Kälber: a) - (-), b) 70-80 (73-82), c) 60-70 (60-70), d) 40-55 (40-55), Schweine: a) (über 300 Pfund) 64 (62-63), b) (240-300 Pfd.) 64-65 (62-64), c) (200-240 Pfd.) 64-65 (63-64), d) (160-200 Pfd.), 63-64 (63), e) (120-160 Pfd.) 62-63 (60-62), f) unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 56 (55-56).

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 16. Mai 1930

## Der geschickte Kellner.<sup>x</sup>

SPD. Vor zwei Wochen bezog Mister George Frank das City=Hotel in New York. Leider hatte Mister George Frank einen kleinen Spleen, andererseits aber hatte er Geld wie Heu, und so glich sich die Sache einigermaßen aus. Auf Grund seines Spleens zeigte nun Mister Frank sowohl zuhause wie auf der Reise die folgende Besonderheit: um punkt ein Uhr mittags pflegte er eine Tasse schwarzen Kaffees zu trinken, punkt ein Uhr, keine Minute früher, aber auch keine später. Ausserdem musste die Tasse mit dem schwarzen Zeugs bis an den Rand gefüllt sein, denn erst, wenn die Geschichte am Ueberlaufen war, machte sie Mister Frank Spass; es war eben ein Spleen. In den Hotels, die Mister Frank bezog, gab es darum auch immer Aerger, denn meistens schwappte von dem Kaffee ein wenig über den Tassenrand, und in diesem Falle wurde Mister Frank dem bedienenden Kellner gegenüber jedesmal sehr ungemütlich. Erschwert wurde die Sache auch noch dadurch, dass Mister Frank es unter keinen Umständen duldete, dass man ihm den Kaffee, den er immer auf seinem Zimmer einnahm, erst oben aus einer Kanne einschenkte; er konnte nämlich keine Kaffeekanne sehen, weil ihm mit einem solchen Gerät einmal ein Unglück passiert war. Wenn man schliesslich bedenkt, dass die Hotelküchen niemals im gleichen Stockwerk gelegen waren, in dem Mister Frank logierte (wodurch die Kellner gezwungen waren, eine bis zum Ueberlaufen gefüllte Tasse über eiliche Treppenabsätze hinauf-zutragen), so wird man verstehen, wie viel Aerger es immer absetzte. Trotzdem sah Mister Frank immer wieder von neuem darauf, dass sein kleiner Wunsch durchgeführt wurde, denn schliesslich bezahlte er ja die an ihn verwandte Mühe mit dicken Dollars.

Wie gesagt, vor zwei Wochen quartierte sich Mister Frank im City=Hotel ein, für längere Zeit. Leider lag bereits am ersten Tage ein klein wenig von dem Mittagskaffee in der Untertasse. Mister Frank raste, erheblich, sodass der Hotelier Mister Frank versicherte, er werde unverzüglich dafür Sorgen, dass der ungeschickte Kellner sein Etablissement verlasse; denn darin sah er die einzige Möglichkeit, den Gast zu beruhigen, der sonst wahrscheinlich ausgezogen wäre. Am nächsten Tage wurde der Kellner Nr.8, ein besonders geschickter Bursche, ausgewählt, auf dass er den peniblen Gast bediene.

Fünf Minuten nach eins vernahm der Hotelier mit Entsetzen, dass sich auf dem Zimmer des Mister Frank etwas sehr Böses abspielte. Trotzdem ihm der Kellner Numero acht, der schlotternd Mister Franks Zimmer verliess, leid tat, musste er auch ihn entlassen, da sonst das Toben des Mister Frank sich bis zum Abend auszudehnen drohte. Um es kurz zu machen: während der folgenden vier Tage flogen pünktlich um Viertel nach ein Uhr nacheinander vier Kellner des City=Hotel aus den erwähnten Gründen.

Der Hotelbesitzer sah sich gezwungen, ein Inserat aufzugeben, in dem ein entsprechend geschickter Bursche gesucht wurde, der den oben geschilderten Zuständen gewachsen war. Es meldeten sich eine ganze Menge Leute, und nach kurzer Wahl wurde Bobby Hayfish engagiert.

Und - o Wunder! - was niemand vor ihm fertiggebracht hatte, das legte der neue Bobby hin, als sei es überhaupt nichts: von der in den Kellerräumen gelegenen Hotelküche ballancierte er eine sogar um etwa zwei Millimeter über den Rand gefüllte Kaffeetasse über drei ausgewachsene Treppenabsätze in Mister Franks Zimmer hinauf, ohne dass auch nur das winzigste Tröpfchen überlief. Mister Frank strahlte und legte ein Trinkgeld von 5 Dollar hin. Daraufhin



strahlte Bobby seinerseits in fast noch gewaltigerem Masse als Mister Frank. Der Erfolg des ersten Tages beruhte keineswegs auf einem Zufall, sondern am folgenden Mittag vollzog sich alles ebenso präzise. Vier Tage lang ging das so, und vier Tage lang heimste Bobby Hayfish jedesmal fünf Dollar Trinkgeld ein. Am fünften Tage aber passierte etwas Schauriges.

Mister Frank, der seine ehrliche Freude hatte an sauberer und geschickter Arbeit, lauerte da nämlich dem neuen Bobby, von diesem unbemerkt, unten an der Treppe auf, um ihm bei seiner verantwortungsvollen Arbeit zuzusehen. Und da sah er etwas Fürchterliches: am untersten Treppenabsatz nahm Bobby einen gewaltigen Schluck Kaffee in den Mund und tat das Zeug - auch das sah der entsetzte Mister Frank noch - dann oben wieder in die Tasse zurück.

Am nächsten Tage waren weder Bobby Hayfish noch Mister Frank mehr im City Hotel anzutreffen!

Werner Lobbenberg.

---

### Berliner Theater.

---

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Dass noch so weit an den Ausgang einer Theaterspielzeit Uraufführungen von zum Teil erheblicher Bedeutung gestellt werden, wie es jüngst in Berlin geschah, dürfte in manchen Städten des Reiches einige Verwunderung erregen. Tatsächlich ist im Berliner Theaterleben der anderwärts übliche Unterschied zwischen Winter- und Sommerspielzeit in weitem Masse ausgeglichen. Zwischen dem theatergeschichtlichen Werte von Reinhardt Inszenierung von Shaws "Kaiser von Amerika" und der gleichfalls von Reinhardt betreuten Uraufführung des neuen Werkes "Phaea" von Fritz von Unruh besteht kaum eine Differenz. Gerade in diesem Frühjahr zeigt Max Reinhardt, der Ende Mai sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum als Leiter des "Deutschen Theaters" feiert, eine erstaunliche Leistungsfähigkeit und Unternehmungslust. Viel Aufsehen erregt hat seine Erwerbung der Aktienmehrheit der "Terra"-Filmgesellschaft und sein Plan, sich nun auch - unter Mitwirkung des Generalintendanten Tietjen der Preussischen Staatstheater - der Tonfilmproduktion zuzuwenden. Die Absicht des Opernintendanten - konkrete Einzelheiten dazu liegen einstweilen noch nicht vor - geht u.a. dahin, notleidenden kleineren Provinzbühnen durch gelegentliche Ueberlassung der Filmaufnahmen von Berliner Operaufführungen und aus den finanziellen Ueberschüssen dieses Opernfilmverleihs die Aufrechterhaltung ihrer gefährdeten Existenz zu erleichtern. Die ideelle Beteiligung der Preussischen Staatsoper an dem geplanten Tonfilmunternehmen dürfte von vornherein die vom Vorsitzenden des Deutschen Chorsängerverbandes und Tänzerbundes geäußerte Befürchtung einer "völligen Zertrümmerung fast sämtlicher deutschen Opernensembles" hinfällig erscheinen lassen.

Ein eigenartiger Zufall will es, dass auch in der im "Deutschen Theater" zur Uraufführung gelangten Komödie "Phaea" von Fritz von Unruh der Tonfilm eine Hauptrolle spielt. Der Titel dieses Stückes setzt sich aus den Anfangsbuchstaben einer Tonfilmgesellschaft zusammen, und die Handlung rollt sich in den Ateliers und Büros dieser Gesellschaft ab. Unruh hat hier ein echtes, hochaktuelles Zeitstück geschaffen, das literarische Geltung auch über die unmittelbare Entstehungszeit hinaus behalten wird. Drei Handlungsmotive laufen neben und durcheinander. Einmal wird - in satirischer Beleuchtung - Betrieb und Geschäft des modernen Filmwesens geschildert, mit der zur Schablone erstarrten Routine des Filmstars und mit der brutalen Vergewaltigung der künstlerischen Absichten eines idealistischen Manuskriptverfassers zugunsten handgreiflicher Publikumswirkungen. Sodann ist das Drehbuch, das einen Fememord behandelt, und bei dessen Verfilmung wirkliche ehemalige preussische Offiziere und sogar ein zum Kellner herabgesunkener, versoffener russischer Prinz mitwirken. Ausgangs-

punkt für eine von hohem Ethos getragene Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftlichen Konflikten der Nachkriegszeit. Ebdlich liegt noch ein starkes persönlich-menschliches Motiv in dem ungemein zart geschilderten Erwachen der Liebesbeziehungen zwischen dem Filmdichter und einem, von gesunder Natürlichkeit erfüllten Tanzmädchen aus einem Amüsierlokal, das als Filmstar entdeckt wird. Unruhs Werk ist keine Wiedergabe nackter Wirklichkeit, sondern in jedem Sinne eine Dichtung. Das bedeutet negativ, dass es dem Verfasser nicht ganz gelungen ist, das ersehnte echte Leben einzufangen; es bedeutet jedoch in viel höherem Grade positiv, dass das Stück eine illusionskräftige Schöpfung dichterischer Phantasie ist, keine blosse Reportage. Zudem hat das Werk eine Reihe dramatischer Höhepunkte von ungewöhnlicher Gestaltungskraft. Freilich das Letzte, Unüberbietbare an szenischer Buntheit und Eindringlichkeit und an Lebendigkeit des darstellerischen Ensembles erhält die Aufführung erst durch Max Reinhardts regiekünstlerische Gipfelleistung.

Der in der Staatsoper Unter den Linden zur Welturaufführung gelangte "Christoph Columbus" - Text von Paul Claudel, Musik von Darius Milhaud - hat die Bezeichnung "Oper" zu Unrecht erhalten. Allenfalls könnte man vielleicht von einem melodramatischen Mysterium sprechen, das zur Verherrlichung einer ausgesprochenen katholisch-kirchlichen Geisteshaltung dient. Der Titelheld ist hier nicht der historische abenteuerliche, unternehmungskühne Seefahrer, sondern einfach ein Werkzeug göttlicher Sendung, um das Christentum in neu entdeckte Weltteile zu tragen. Die Handlung wird garnicht bühnenmässig wiedergegeben, sondern von einem Sprecher erzählt, d.h. wirklich gesprochen, nicht etwa gesungen und von einem Chor kritisch kommentiert. Als Illustration erscheinen einzelne Episoden in ganz kurzen lebenden Bildern, deren Dialogpartieen ebenfalls mehr gesprochen als gesungen werden. Man könnte an mittelalterliche Mysterienspiele denken, wenn nicht der Text von so unpoetischer Banalität wäre. Der Komponist muss sich also damit begnügen, die gesprochenen Vorgänge musikalisch zu untermalen, und kann deshalb - abgesehen von ein paar wirklich schwungvollen, harmonisch und satztechnisch kunstvollen Chören - zu keiner musikdramatischen Entfaltung kommen. So bleibt auf die Dauer eine immer grösser werdende Ermüdung und Teilnahmslosigkeit der Zuhörer nicht aus.

Im "Staatlichen Schauspielhaus" brachte Jessner als Uraufführung die Komödie "Wird Hill amnestiert?", das dritte der angelsächsischen Stücke von Lio Feuchtwanger, heraus. Das Stück dreht sich um die Bemühungen einer Frau, die Begnadigung eines von ihr geliebten, zu Unrecht wegen Gehorsamsverweigerung zu einer Gefängnisstrafe verurteilten Kolonialbeamten zu erwirken. Das gelingt ihr endlich auch mit Hilfe einiger einflussreicher, mehr oder minder vertrottelter Männer, die alle insgeheim hoffen, als Lohn selber die Liebe dieser Frau zu erringen. Aber nicht nur diese Erwartung wird enttäuscht, sondern auch der Glorienschein um das Helden- und Märtyrertum des verurteilten Vizegouverneurs, der den Befehl zu einem nutzlosen Blutbad unter den afrikanischen Eingeborenen nicht ausgeführt hatte, löst sich zum Schlusse in eitlen Dunst auf: Hill entpuppt sich als ein nüchterner Spiesser, der den Befehl nur deshalb nicht befolgt hat, weil er ihn garnicht bekommen hat. Alles an diesem Stück ist gekünstelt; die dramatische Motivierung ist geradezu kindlich primitiv, und der Witz in der Charakterisierung der Personen ist von einer seltenen Dürftigkeit und Platttheit.

Höchst unerfreulich ist leider auch die im "Theater in der Stresemann-Strasse" aufgeführte Komödie "Napoleon greift ein" von Walter Hasenclever. Der aus einem modernen Wachsfigurenkabinett entsprungene Napoleon greift - natürlich vergeblich - auf einer europäischen Wirtschaftskonferenz ein, um eine gemeinsame Abwehr Europas gegen die kapitalistische Uebermacht Amerikas zu organisieren. Nach dieser sehr flüchtig skizzierten Episode landet Napoleon zunächst im Schlafzimmer der Filmschauspielerin Josephine und wird dann zum Darsteller der Titelrolle in einem "Napoleon"-Film bestimmt. Als er dabei etwas zu handgreiflich gegen seine Gemahlin Josephine wird, die ihn betrügt, wird er verhaf-

tet, ins Irrenhaus gesperrt und landet schliesslich reumütig wieder im Panoptikum. Für einen kurzen, flott heruntergespielten Sketch könnte diese Idee sehr ergiebig sein. Freilich müsste der Verfasser, wenn er schon einen Napoleon, den "Mann des Schicksals", ironisieren will, auch den frechen Humor und zugleich das tiefe historische Verständnis eines Bernard Shaw besitzen. Sonst vermögen auch die besten schauspielerischen Kräfte, allen voran Werner Krauss in der Hauptrolle, nicht den Eindruck einer ausgewalzten Fadheit zu vermeiden.

Von Shaw selber hat man in Berlin neuerdings zwei seiner älteren, weniger gelungenen Werke aufgefrischt. Die im "Berliner Theater" aufgeführte heroisch-romantische Komödie aus dem nordamerikanischen Befreiungskriege "Der Teufelschüler" hat wenigstens den Vorzug einer knapp konzentrierten, bühnenwirksamen Handlung und enthält überdies in einer Kriegsgerichtsszene eine immer wieder höchst einprägsame glänzende Satire auf den Militarismus. Das Lustspiel "Heiraten", das in der "Komödie" unter dem Titel "Soll man heiraten?" von einem Ensemble prominentester Lustspieldarsteller wieder gegeben wird, ist eine reine dialogisierte Diskussion über Eheprobleme. Trotz mancher treffenden geistreichen Bemerkung und einiger amüsanten und grotesker Situationen bleibt hier doch nur der Gesamteindruck eines oberflächlichen witzigen Geplauders.

Bz.

---

### Das geheizte Klavier.

---

SPD. Da wir uns bereits im Mai befinden, fällt es schwer, an einen Aprilscherz zu glauben. Nämlich: aus Wien kommt die erschütternde Meldung, dass es einem österreichischen Ingenieur gelungen sein soll, eine Klaviatur mit einem Heizkörper zu konstruieren, der durch den Anschlag der Tasten in Betrieb gesetzt wird. Man spielt bei Gefriertemperatur Frühlingslieder, und schon fluten nicht nur Schallwellen, sondern auch Wärmewellen durch den Raum, und bei einigermaßen flottem Tempo wird nicht nur dem Spieler, sondern auch dem Hörer mollig warm.

Diese Erfindung kann der Anfang einer unübersehbaren Reihe von Neuerungen sein; man muss nur den Mut haben, an kühne Kombinationen heranzugehen. Was sagen Sie zum Beispiel zu einem Klavier mit Wasserspülung? Das Rauschen des Wassers wäre ausserordentlich geeignet, Misstöne, wie sie meist von höheren Töchtern bei der Ausübung des Klaviersports produziert werden, gnädig zu überdecken. Oder ein Gegenstück zum geheizten Klavier: ein Flügel mit Brausevorrichtung? Der stickigste Konzertsaal im heissesten Sommer wird erträglich, wenn zu einem Beethovenkonzert ein kühler Regen aufs Parkett herunterprasselt; wie herrlich! - man könnte dann im Badekostüm Musik geniessen - Strandkörbe sind an der Kasse zu haben.

Recht nützlich wäre auch eine Schreibmaschine mit Kochvorrichtung. Wenn man den ersten Bogen von der Walze zieht, ist die Suppe fertig; nach dem zweiten Bogen bruzzeln einladend Fleisch und Gemüse, und nach dem dritten bibbert der Pudding speisefertig. Kaum ist ein Feuilleton beendet, so kann man auch schon dinieren. Fortan würden die Schriftsteller nur noch an Fettsucht sterben.

Hausfrauen wären vielleicht mehr für eine Kombination von Nähmaschine und Wagen. Man schaltet den Stechkontakt der Maschine ein; schon rasselt ein neues Kostüm unter den Fingern hervor; gleichzeitig setzt sich die Kutsche in Bewegung, und während die Dame des Hauses kunstvolle Kleider zaubert, kann sie zugleich in der Stadt herumjuckeln und ihre Einkäufe besorgen. Erfinder vor die Front! Hier sind Vanderbilt'sche Vermögen zu verdienen.

Falls nicht irgendwo ein Fehler sich einschleicht. Beispielsweise, wie ist das beim Klavier: je schneller der Virtuose spielt, desto mehr Wärme wird produziert, die Saiten dehnen sich, die ganze Tonlage senkt sich, und während das rochester Fis=Dur spielt, hat sich die Drahtkommode auf C=Moll umgestellt.

Da kommen Schönberg und Hindemith nicht mehr mit; da müssen sie neidvoll die Waffen strecken. Ob es schön klingt, ist allerdings noch die Frage. Vielleicht merkt's keiner, wie bei dem Konzert der Stadtkapelle in Kyritz an der Knatter; eben hat das Orchester mit grossem Schmiss die "Geschichten aus dem Wiener Wald" gespielt, da sieht der Kapellmeister ins Programm und spricht zu seinen Musikern: "Also jetzt kommt die Tannhäuser-Ouvertüre!"

"Dunnawetta!" sagt der Posaunist, "det ha'ck doch ebent jeblassen!".....  
Curt Biging.

---

### Fenster des Körpers.X

---

SPD. Der Arzt steht vor dem Kranken wie vor einem verschlossenen Haus, dessen dunkle Fenster keinen Einblick gewähren, und dessen Inneres zu kennen und zu sehen doch ungemein wichtig ist. Die medizinische Wissenschaft der letzten Jahrzehnte hat in rastloser Arbeit allmählich eins nach dem anderen dieser Fenster dem Auge zugänglich gemacht, mit Hilfe geistreichster Verfahren und unter Zuhilfenahme der modernsten Technik.

Mittels einer sinnreichen Anordnung von Spiegeln und Linsen ist es möglich, durch die anscheinend schwarze Pupille hindurch das Innere des Auges zu sehen, jedes Aederchen zu verfolgen, jede Veränderung der hinteren Augenwand zu bemerken. Vor kurzer Zeit noch eine mühsam zu erlernende Kunst, ist durch die Fortschritte der Technik dieses "Augenspiegeln" nicht mehr schwieriger als das Betrachten einer Landschaft durch ein Fernglas. Der Ohrenarzt verschafft sich Einblick in das Innere des Gehörganges und des Mittelohres, indem er mittels eines besonders gebauten Spiegels Licht in den dunklen Gehörgang wirft und gleichzeitig durch eine Oeffnung des Spiegels hindurch Gehörgang und Trommelfell betrachtet. Der Kehlkopf, der Träger der Stimmbänder und damit der Stimme, kann in einem eigens dazu gebauten kleinen Spiegel, der in den Rachen eingeführt wird, beobachtet werden, wodurch die Erkennung und Behandlung der verschiedenen Kehlkopferkrankungen, wie vor allem der Kehlkopftuberkulose und des Kehlkopfkrebses, erst ermöglicht wurde. Ein ähnlicher Spiegel, ebenfalls in den Rachen eingeführt, zeigt dem Betrachter den hinteren Teil des Nasenraums.

Noch weiter ist man vorgedrungen. Durch Einschieben eines langen Metallrohres ist es möglich, nicht nur den Kehlkopf, sondern auch die Luftröhre bis tief in ihre Verzweigungen, die Bronchien, hinein zu besichtigen, sozusagen ins Innere der Lunge zu blicken. Das geschieht auf direktem Wege, ohne Spiegelvorrichtung. Besonders bei der Entfernung von Fremdkörpern, die in die Luftröhre eingedrungen sind, und die zur Erstickung oder zur Lungenentzündung zu führen drohen, leistet dieses Verfahren wichtige Dienste. Ein ähnlich gebautes Rohr kann in die Speiseröhre eingeführt werden; Veränderungen in der Wand der Speiseröhre werden so unmittelbar sichtbar. Ja, bis in den Magen hinab kann man mit dem Instrument vordringen und die Magenschleimhaut mit dem Auge direkt untersuchen. In der jüngsten Zeit ist von zwei Wiener Aerzten sogar eine Apparatur gebaut worden, mit der man das Mageninnere photographieren kann - ein photographischer Apparat, der so klein ist, dass er von dem Patienten geschluckt werden kann. Durch einen dünnen Schlauch, der dann in der Speiseröhre liegt, laufen die Bedienungsdrähte für das elektrische Licht, das im Augenblick der Aufnahme im Magen aufflammt, und das von aussen entzündet werden kann. Acht Aufnahmen von verschiedenen Gegenden der Magenschleimhaut können mit dem kleinen Apparat bei einer einmaligen Einführung gemacht werden.

Die Harnblase ist ebenfalls durch eine sinnreiche Apparatur, das sogenannte Zystoskop, einer direkten Besichtigung zugänglich geworden. Es wird durch die Harnröhre eingeführt, und Veränderungen der Wand der Harnblase kön-

nen mit seiner Hilfe genau erkannt werden. Ein weiterer wichtiger Vorteil dieses Apparats liegt darin, dass man die Mündungen der beiden Harnleiter in die Harnblase aufsuchen und dünne Hohldrähte in sie einführen kann. Auf diese Art kann man den Harn von beiden Harnleitern und somit aus beiden Nieren getrennt auffangen und untersuchen. Man kann also z.B. bei blutigem Harn auf diese Weise feststellen, ob das Blut aus der rechten oder der linken Niere stammt, welche Niere demnach erkrankt ist.

Die frühzeitige Erkennung des Mastdarmkrebses, die so wichtig ist, weil eine Operation von einem gewissen Zeitpunkte der Krankheit an nicht mehr durchgeführt werden kann, ist in vielen Fällen ebenfalls nur mit Hilfe eines ähnlichen Instruments, des Rektoskops, möglich.

In neuester Zeit ist zu den genannten "Fenstern des Körpers", durch die es dem Arzt ermöglicht wird, in das Körperinnere zu schauen, ein weiteres getreten, das er sich selbst erst in die Wand des Hauses schlägt. Eine starke Hohlzylinder wird, ähnlich wie das z.B. beim Ablassen von Flüssigkeit bei Bauchwassersucht geschieht, durch die Bauchwand hindurchgestochen. Durch eingeblasene Luft werden die Eingeweide voneinander abgedrängt, und durch die Hohlzylinder kann nun der Beleuchtungs- und Besichtigungsapparat eingeführt werden, mit dessen Hilfe man das Innere des Bauchraums betrachten kann. Besonders für die Erkennung gewisser Leberkrankheiten hat sich das Verfahren als nützlich erwiesen. In ganz ähnlicher Weise verschafft sich der Chirurg bei gewissen Fällen von Lungentuberkulose, die durch Ausschaltung eines Lungenflügels behandelt werden. Einblick in den Brustraum.

---

SPD. Irren ist menschlich.<sup>x</sup> Als der französische Humorist Tristan Bernard vor einigen Wochen von einer Erholungsreise zurückkehrte, ging ihm auf einer Umsteigestation ein Gepäckstück (ausgerechnet mit kostbaren Manuskripten beladen) verloren. Der Schriftsteller wandte sich beschwerdeführend an den Stationsvorstand. Der Mann erkannte ihn natürlich nicht, behandelte den erfolgreichen Bühnenautor wie einen gewöhnlichen Sterblichen und darüber hinaus sogar recht unfreundlich. Ein Wort gab das andere, und auch Bernard vergass in der Hitze des Wortgefechtes seine gute Erziehung und wurde immer ausfallender. Da bekam der Beamte einen roten Kopf und schnauzte den groben Fahrgast gereizt an: "Zum Donnerwetter noch einmal, Monsieur, halten Sie mich denn für einen Vollblutidioten?"

"Ich halte Sie bestimmt nicht für einen Idioten", erwiderte Bernard gelassen, "aber irren ist menschlich!...."

---

SPD. Balzac und der Gerichtsvollzieher.<sup>x</sup> Honoré de Balzac ertappte gelegentlich seinen Diener bei einer Lüge und hielt dem Mann einen Vortrag darüber, dass Lügen eine Erzsünde sei. "Es ist menschenunwürdig", beendete er die lange Gardinenpredigt, "unsre Mitmenschen durch Lügen irrezuführen."

"Warum lassen Sie mich denn immer sagen, wenn der Gerichtsvollzieher zu uns kommt. Sie seien nicht zu Hause?" hielt ihm der Bursche vor.

"Die Gerichtsvollzieher, mein lieber Junge", belehrte ihn sein Herr im Brustton der Ueberzeugung, "sind eben keine Mitmenschen!"....

---

SPD. Herrn Schiele ins Stammbuch.<sup>x</sup> Die Landwirte, die sofort Hilfe brauchen, das sind diejenigen, die achtzig Kilometer fahren, um eine Rede über die Not zu hören, und keinen Platz zum Parken ihrer Autos finden.